

Protokoll

7. Sitzung vom 15. Dezember 2014

aeb

Seite 133

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 15. Dezember 2014, 19.00 Uhr – 23.40 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Stadtschreiber, Esther Ramirez, Ratssekretärin, Ruth Schäfer, Ratssekretärin-Stv., Andrea Eberhöfer Ratssekretärin-Stv. a.i. sowie Paul Bossert, Ratsweibel Oliver Küng ab 19.30Uhr
Entschuldigte	Sandy Bossert (Krankheit) Beatrice Gmür (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 3. November 2014
3. Wahl der Ratssekretärin-Stellvertreterin für den Rest der Amtsdauer 2014-2018
4. Voranschlag 2015 und Festsetzung des Steuerfusses
5. ~~Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG, Begründung~~
6. ~~Postulat der SP-Fraktion, vom 3. November 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil, Beantwortung~~
7. ~~Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, zur Standortförderung Wädenswil, Begründung~~
8. ~~Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“, Begründung~~
9. ~~Interpellation der FDP-Fraktion, vom 18. November 2014, betreffend Entwicklung des Seegrundstücks „Seegüetli“, Begründung~~
10. Einbürgerungen:
 - BAVC Peter Theodor Heinrich, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Pfannenstilstrasse 33
 - BROMBACH Hartmut Siegfried, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Rosenbergstrasse 1

- BRUNNHUBER Ralph Rainer, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Tiefenhofstrasse 2a
- MILJIC Biljana, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Oberdorfstrasse 41
- ÖHLIN Hanna Katarina, schwedische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Leigass 10
- RODRIGUEZ MARQUEZ Miguel Angel, mexikanischer Staatsangehöriger und seine Ehefrau Amaya LAZCANO ECHANIZ und die Kinder Xabier RODRIGUEZ LAZCANO und Aurora Maya RODRIGUEZ LAZCANO, alle drei spanische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Werdmüller-Strasse 36
- SMETANITCH Elizabeth Esther, israelische und russische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Büelenebnetstrasse 30

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Hansjörg Schmid** gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid begrüsst alle Anwesenden zur letzten Gemeinderatssitzung in diesem Jahr. Auf dem Tisch befinde sich wie jedes Jahr das Jahrbuch der Stadt Wädenswil. Hinter ihm stehe ein sehr schöner und grosser Christbaum, welcher von der Stadtgärtnerei heute aufgestellt worden sei. Er bedanke sich dafür und man wolle schauen, ob die Kerzen heruntergebrannt seien, bis die Sitzung zu Ende gehe.

1.1 Eingänge

- Interpellation der SVP/BFPW-Fraktion, vom 3. November 2014, betreffend Beteiligung der Stadt an der Hangenmoos AG
- Einladung GR-Sitzung vom 3. November 2014
- Easyvote für die Abstimmungen vom 30. November 2014
- Bericht zum Postulat der SP-Fraktion, vom 3. November 2013, überwiesen am 2. Dezember 2013, betreffend Trinkbrunnen am Bahnhof Wädenswil
- Interpellation der FDP-Fraktion, vom 10. November 2014, zur Standortförderung Wädenswil
- Interpellation der GLP-Fraktion, vom 10. November 2014, betreffend Submission Arbeiten „Gewerbepark Rütihof“
- Schriftliche Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 14. November 2014, betreffend Plakatwänden, Leuchtreklamen und Geschäftsbeschriftungen
- Weisung 2 vom 17. November 2014, betreffend Volksinitiative „Wohnen für alle“
- Bericht und Antrag zum Voranschlag 2015 der politischen Gemeinde Wädenswil
- Interpellation der FDP-Fraktion, vom 18. November 2014, betreffend Entwicklung des Seegrundstücks „Seegüetli“
- Protokoll der Sitzung des Gemeinderats vom 3. November 2014

1.2 Überweisungen

Das Büro hat die Weisung 2, vom 17. November 2014, betreffend Volksinitiative „Wohnen für alle“ der Sachkommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Abnahme des Protokolls vom 3. November 2014

Das Protokoll vom 3. November 2014 wird genehmigt und an die Verfasserin verdankt.

16.04.02

3. Wahl der Ratssekretärin-Stellvertreterin für den Rest der Amtsdauer 2014-2018

Die einstimmige IFK schlägt Ruth Schäfer ohne andere Wahlvorschläge vor.

Abstimmung:

Ruth Schäfer wird als Ratssekretärin-Stellvertreterin für den Rest der Amtsdauer 2014-2018 gewählt.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid gratuliert zur Wahl und freut sich auf die Zusammenarbeit.

10.07

4. Voranschlag 2015 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid schlägt für die nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen vor, gemäss der Reihenfolge auf Seite 107 des Voranschlags vorzugehen.

Demzufolge werde erstens über den vorliegenden Voranschlag 2015 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen beraten.

Zweitens werde der Steuerfuss 2015 verhandelt und festgelegt.

Die endgültige Festlegung des Voranschlags sei logischerweise abhängig vom Beschluss des Steuerfusses. Abschliessend werde über das Gesamtpaket – Voranschlag mit den allenfalls beschlossenen Änderungen, welche dann nochmals festgehalten werden – und dem Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Hansjörg Schmid** gibt es keine Einwendungen gegen diese Vorgehensweise.

Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erklärt, dass der Gemeinderat verpflichtet sei, den Voranschlag zu behandeln, weshalb ausdrücklich auf eine Eintretensdebatte verzichtet werde (Art. 25 Geschäftsreglement). Danach werde man in der Detailberatung Abteilung für Abteilung durchgehen. Die Änderungsanträge der GRPK werden bei den jeweiligen Abteilungen behandelt und es werde sofort darüber abgestimmt. Nach den Bereinigungen werde erst am Schluss über den Voranschlag 2015 als Ganzes abgestimmt.

Zur Detailberatung zum Voranschlag (abteilungsweises Vorgehen)

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, bemerkt, dass gemäss Seco eine Expertengruppe davon ausgehe, dass die jüngsten Schwächesignale der Schweizer Wirtschaft nur eine konjunkturelle Verschnaufpause seien und sich die Wirtschaftsdynamik allmählich wieder verstärken dürfte. Da aber sowohl die inländischen als auch die ausenwirtschaftlichen Impulse etwas schwächer als bisher eingeschätzt werden, falle die Wachstumsprognose gegenüber der letzten Prognose (von Juni 2014) leicht tiefer aus. Die Expertengruppe rechne neu mit einem BIP-Wachstum für 2015 von 2.4 % (bisher 2.6 %). Aufgrund der langsameren Konjunkturbelebung dürfte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit aber verzögern und erst im Verlauf von 2015 einsetzen.

Thema Arbeitsplätze: In Wädenswil seien industrielle Arbeitsplätze leider immer noch dünn gesät und auch im 2015 dürfte das noch anhalten, auch wenn mit dem „Ja“ zum Rütihof erste Pflöcke eingeschlagen seien. Schade, dass abgesehen vom Rütihof, nicht mehr gehe, denn jede neu geschaffene Arbeitsstelle in der Industrie kreiere 2,5 bis 3,5 zusätzliche Jobs in anderen Branchen und somit deutlich mehr als im Dienstleistungs- oder Staatssektor.

Schade auch, dass man es verpasst habe, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen und für eine Steuerfuss Stabilität zu sorgen. Bei denen, welche an vorderster Front für den Rütihof weibeln und an anderer Stelle eine Steuererhöhung für die OSW durchwinken, frage sie sich, wie wirtschaftsnah oder eben -fern die seien. Alle wissen, dass eine Steuererhöhung Gift sei für eine florierende Wirtschaft. Gerade im jetzigen Zeitpunkt wäre ein positives Signal diesbezüglich wichtig gewesen, um möglichst viele potentielle Interessenten anzulocken, zu ködern und für Wädenswil zu begeistern.

Und die Marketing Weisheit gelte halt auch in diesem Fall: „Der Köder müsse dem Fisch und nicht dem Angler schmecken.“ Solche Steuererhöhungen seien aber Gift, schwer verdaulich und schlagen nicht nur grösseren Fischen auf den Magen. Es könnte Interessenten allgemein der Appetit vergehen, denn es könnte verstanden werden im Stil von: Wir ködern euch, hauen euch in die Pfanne und verbraten euch dann anschliessend! Für's Wädenswiler Image also denkbar ungünstig, sei man steuertechnisch bereits im unattraktiven oberen Drittel des ganzen Bezirkes.

Wenigstens sei der Stadtrat in diesem Fall umsichtig gewesen, denn er möchte den Steuerfuss auf 84 % belassen. Ob er auch weitsichtig genug und willig sei, und sich Gedanken zu Organisationsanpassungen mit Sparpotential zu machen, dazu möchten sie ihn ermuntern.

Thema Leitbild: Nebst der Forschungs-, Bildungs- und Energiestadt werde man nun also auch neu zur Werkstatt. Es füge sich so ein weiteres Puzzleteil dazu, ohne dass der Rahmen, die Leitplanken oder eben das Leitbild dazu bis jetzt präsentiert worden wäre. Ihnen werde immer wieder versichert, dass ein Leitbild – mit allem was dazu gehöre – existieren würde. Wer das und wann ausgearbeitet habe und wo sich der „heilige Gral“ verstecke - Fragezeichen. Auf der Wädenswiler Homepage jedenfalls nicht. Ausser sie hätte dort einen Link zu einem Geocaching verpasst.

Warum ein Leitbild? Bei jeder Steuererhöhung in Zusammenhang mit der Schule müsse die Begründung oder das Zusatzargument der Bildungsstadt hinhalten. Also gebe man der Wirtschaft den gleichen Stellenwert mit einem klaren, transparenten, öffentlichen und einfach zugänglichen Leitbild.

Thema Transparenz: Jetzt, wo das Finanzklima rauer und angespannter werde, setze sich die GRPK Wahrnehmung vom „Räuber und Poli Spiel“ leider fort. Was sie damit auch sagen wolle: Sie von der GRPK werden den Eindruck nicht los, dass man ihnen nicht überall immer die ganze Wahrheit sage und umgekehrt werde ihnen von gewissen Stellen vorgeworfen, sie würden sich zu sehr einmischen. Nur: dieses Einmischen sei ein offizieller Auftrag an sie, welchen sie seriös wahrnehmen möchten. Wenn die Stadträte mit ihren Abteilungen ein Misstrauen der GRPK spüren, dann haben sie ihren Job richtig gemacht. Das werde ihnen so sogar von höherer Stelle beschieden.

Thema Stellen: Letztes Jahr habe man rund 17 zusätzliche Stellen budgetiert, nächstes Jahr seien ebenfalls wieder neue Stellen geplant. Das heisse letztes Jahr +3.5 % beim Personalaufwand und im 2015 ebenfalls + 3.5 %. Nicht unerheblich, rede man da doch von 46 bis 47 Mio. Franken. Gerade in diesem Bereich wäre es äusserst angebracht, das Augenmass zu bewahren: Brauche es denn zum Beispiel eine neue IT-Stelle, wenn die OSW die IT neu extern ver gebe, wie man erst kürzlich vernommen habe? Und dass die geplanten 0.2 % Teuerung nicht ausgeschüttet werden, bei null- oder sogar negativer Teuerung, da zähle man wirklich auf die Verantwortlichen, habe man doch im Sinne der Effizienzsteigerung verzichtet, dazu einen Antrag zu formulieren.

Im Budget 2015 sei ein Aufwand von rund Fr. 175 Mio. und ein Ertrag von Fr. 168 Mio. geplant, also ein Defizit von rund 7 Mio. Franken. Wie bereits erwähnt, seien einerseits der hohe Personalaufwand – und dabei sei die Sanierung der BVK Pensionskasse kein Thema mehr - und andererseits der tiefere Ressourcenzuschuss beim Finanzausgleich für das Defizit massgeblich verantwortlich.

Die Zahlen zum Budget seien der GRPK anfangs Oktober von Stadtrat Peter Schuppli und dem Leiter Finanzen und Controlling, Ralph Ruoss, präsentiert worden. Einen Dank an die beiden Herren für die übersichtliche Präsentation. Es sei explizit darauf hingewiesen worden, dass es für dieses Budget mehrere Sparrunden benötigt habe. Als ein Beispiel für die durchgeführten Sparbemühungen habe man im Bericht und Antrag unter Planen und Bauen detaillierte Zahlen aufgeführt. So oder ähnlich habe es auch in den anderen Abteilungen funktioniert. Das dürfte voraussichtlich für die kommenden Budgets eher die Regel als die Ausnahme sein. Auch das Bewusstsein für die Umsetzung des Sparens werde noch flächendeckend geschärft werden müssen, da es sich abzeichne, dass sich unsere Finanzlage massiv verschlechtern werde.

Dass unsere Finanzabteilung eine externe Firma zuziehe und eine Aussenbeurteilung und Beratung zur Finanzierungsstrategie einhole - ohne gerade x-tausende von Franken auszugeben - zeuge von einem Gesinnungswechsel, und sie von der GRPK seien erfreut, dass ihrem Anliegen Rechnung getragen werde.

Insgesamt werden bei der Stadt Steuereinnahmen von 43.7 Mio. Franken budgetiert und Ende 2015 werde mit einem Eigenkapital von ca. 59 Mio. Franken gerechnet. Dass das Eigenkapital wie letztes Jahr mit rund 61 Mio. budgetiert und dann doch bei gut 67 Mio. gelandet sei, so etwas sei für das kommende Jahr eher unwahrscheinlich.

Weiter seien hohe Nettoinvestitionen von gut Fr. 30 Mio. und ordentliche Abschreibungen von rund Fr. 11 Mio. vorgesehen. In der Detailberatung von den GRPK Mitgliedern dann mehr zu den Investitionen und zu den Abteilungen.

Die Abteilungen seien vom 28.10. bis 5.11.2014 durch die GRPK besucht worden. Ein Dankeschön an alle Beteiligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen.

Unter Punkt „E“ haben sie im Bericht und Antrag diverse einstimmige Anträge eingereicht. Das soll nicht bedeuten, dass sie die durchgeführten Sparrunden nicht honorieren; im Gegenteil. Sie seien allerdings der Überzeugung, dass man die kommenden Herausforderungen nur mit vereinten Kräften meistern könne und vor allem nur dann, wenn alle die übergeordneten Ziele kennen, respektieren, unterstützen und auch umsetzen.

Sie komme zum Schlussantrag: Die Mitglieder der GRPK und auch die SVP-Fraktion beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2015, inkl. Leistungsaufträge mit Globalkredit der FLAG-Abteilungen, unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen der GRPK und zum Steuerfuss, zu genehmigen.

Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP, stellt fest, dass sie von der GLP das erste Mal an einer Budgetdebatte als Gemeinderäte vertreten seien. Sie machen sich aber grosse Sorgen um die Finanzen der Stadt Wädenswil und haben grosse Mühe überhaupt auf dieses Budget einzutreten. Obwohl alle die Zahlen genau studiert haben, müsse er ein paar markante Eckdaten erwähnen:

Der vorgelegte Voranschlag des Stadtrats sehe unter Ausklammerung des Liquidationsgewinnes pro Wädenswil einen Aufwandüberschuss von fast 10 Mio. Franken vor. Bei einem vorausgesagten Aufwand von 143 Mio. Franken sei das 7 % mehr Aufwand als Ertrag.

Noch ein paar Zahlen: In den letzten 10 Jahren habe man in Wädenswil ein Bevölkerungswachstum von 7 % und eine Zunahme der Einnahmen im gleichen Zeitraum ebenfalls von 7 % gehabt. Der Totalaufwand sei aber um 17 % angestiegen und der Personalaufwand gar um 27 %. Im Stellenplan 2010 – 2013 der Stadtverwaltung sehen sie eine Zunahme von 167 auf 184 Stellen, was einer Zunahme von 17 Stellen in 3 Jahren oder 3,6 Stellen pro Jahr im Durchschnitt entspreche. Diese Aufstockung des Personals sei letztlich ein wichtiger, wenn nicht gar der wichtigste Kostentreiber für den überhohen Aufwand. Er sei überzeugt, dass jede Verwaltungsangestellte und jeder Verwaltungsangestellte seine Aufgabe sehr gut erle-

dige und sich nicht über mangelnde Arbeit beklagen müsse. Diesen Eindruck habe er auch bei seinen GRPK –Besuchen gehabt.

Diese Personalaufstockung sei aber letztlich das Resultat der zusätzlichen Aufgabe, die die Stadtverwaltung ständig erhalte. Es gebe für ihn Kernaufgaben wie soziale und allgemeine Sicherheit, Bildung und Gesundheit die der Staat mit hoher Qualität zu erledigen habe und das koste auch Geld. Doch dann gebe es Dinge, die nicht in diesen Bereich fallen und seines Erachtens von Privaten besser und kostenbewusster erledigt werden könnten und genau diese Dinge seien es, die unsere Verwaltung so massiv aufblähen.

Bei der denkmalgeschützten Liegenschaft zur Möwe an der Seestrasse sei es mit 1.5 Mio. Franken noch ein relativ kleines unnötiges Geschäft gewesen, das der Stadtrat nebenher getätigt habe. Die hintere Rüti habe nun schon ganz andere Dimensionen. Das Amt für Planen und Bauen, obwohl personell massivst aufgestockt, komme mit diesen Arbeiten kaum mehr nach.

Diese Ausdehnung der Aufgaben und die direkte Konkurrenzierung der Privatwirtschaft sei letztlich einer der ganz grossen Kostentreiber. Würde der Stadtrat, wie von ihnen gefordert, sich in diesem Bereich auf das Regieren beschränken und nur entsprechende Vorgaben machen, anstatt selber in den sonst funktionierenden Markt einzugreifen, könnte er viel schlanker sein und das Budget würde dann wohl auch ganz anders aussehen.

Der Rütihof sei nur dank massivster Werbung des Stadtrats und den interessierten Kreisen, die beim Bau dieses über 100 Millionenbauprojekt auch entsprechend verdienen wollen, mit einer geringen Mehrheit von 56 % angenommen worden. Im Rat seien sie von der GLP mit leider noch weniger als 10 % Stimmen die einzigen, die dagegen opponiert haben. Doch die Bevölkerung sei immerhin mit 43.4 % oder 9 von 20 hinter ihnen gestanden und ihrer Argumentation gefolgt. Man sehe also eine grosse Diskrepanz zwischen Parlament und Bevölkerung, was nicht ganz ungefährlich sei. Sie bitten den Stadtrat, dies im Auge zu behalten, denn die Opposition, die diese Aufblähung unserer Verwaltung zu Kosten der Bevölkerung ablehne, sei nicht zu unterschätzen.

Obwohl die GLP mit dieser Entwicklung nicht zufrieden sei, stimme sie dem Eintreten zu, damit dann in der Detailberatung die Pflasterlipolitik, die sie in stundenlanger Arbeit in Kommission und Fraktionen getätigt haben, weitergeführt werden könne.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion die vom Stadtrat durchgeführten Sparrunden und Korrekturen zur Verringerung des Aufwandüberschusses des Voranschlags 2015 begrüsse. Sie fragen sich, ob jetzt wirklich alle Abteilungen genügend auf Sparpotential durchleuchtet worden seien und ob wirklich nur die dringend nötigen Investitionen budgetiert worden seien. Die FDP-Fraktion meine nein. Nach ihrer Meinung sei noch einiges Sparpotential vorhanden, ohne dass Leistungen abgebaut werden müssen.

In folgenden Bereichen orte die FDP-Fraktion zusätzliches Sparpotential: Zum Beispiel der Verzicht auf die Einführung von Tablets in der Primarschule und die kostspielige Aufrüstung von Schulzimmern in Multimediaräume. Bereits heute seien beim Pilotprojekt die Kosten

stark gestiegen. Nicht nur bei den Investitionen, sondern auch bei den jährlich wiederkehrenden Aufwänden. Werden doch zum Beispiel zwei IT-Supporter von der Primarschule alleine beansprucht.

Aber auch bei Ausgaben für Kultur und für die Unterstützung unnötiger Projekte könne problemlos gekürzt werden. Im Weiteren können Vergaben an externe Berater massiv reduziert werden. Statt Eigenleistungen zu erbringen werden unnötig viele Abklärungen und Studien an externe Berater vergeben.

Besonders interessiert habe sie seitens der FDP-Fraktion der Budget-Prozess für die Festlegung der jährlichen Summe für Lohnerhöhungen. Für das 2015 habe das Gemeindeamt des Kantons Zürich den Gemeinden eine Erhöhung der Lohnsumme von 0.7 % vorgegeben. Im Herbst habe der Regierungsrat dann entschieden, auf den geplanten Teuerungsausgleich von 0.2 % zu verzichten. Somit sei die Vorgabe für die Lohnerhöhungen von 0.7 % auf 0.5 % reduziert worden. Sie gehen natürlich davon aus, dass der Stadtrat diese Reduktion des Lohnerhöhungsbudgets bereits vollzogen habe. Was ihn jedoch erstaune sei die Tatsache, dass die Stadt Wädenswil auch den sogenannten Rotationsgewinn von 0.4 % voll budgetiere und für Lohnerhöhungen zur Verfügung stelle. Das seien immerhin rund Fr. 180'000.-- pro Jahr. Rotationsgewinne entstehen zum Beispiel bei Fluktuationen oder Pensionierungen. Werden nun aber Rotationsgewinne auch wirklich realisiert? Wenn nicht, würde die Stadt mit ihrem Vorgehen regelmässig über den Vorgaben des Gemeindeamtes liegen.

Seitens der FDP werden sie nicht nur an diesem Thema dran bleiben, sondern auch weiterhin ein wachsames Auge auf die Ausgaben und Investitionen haben. Denn gemäss dem Finanz- und Entwicklungsplan vom November 2013 seien für die Jahre 2014 – 2018 Investitionen von rund Fr. 100 Mio. geplant. Für die FDP-Fraktion seien Investitionen in dieser Grössenordnung für die Stadt Wädenswil finanziell nicht tragbar. Das Resultat dieser Planung resultiere in einem prognostizierten Fehlbetrag von sagenhaften Fr. 31 Mio. für die Planungsperiode 2014 – 2018. Und in der Planung der Stadt werde noch mit jährlich Erträgen von rund Fr. 6.5 Mio. aus dem Finanzausgleich gerechnet. Hier habe sie die Realität aber schon eingeholt. Reduziere man die Erträge aus dem Finanzausgleich mal um die Hälfte auf eine realistischere Grössenordnung von z.B. Fr. 3 Mio. pro Jahr, erhöhe sich der Fehlbetrag auf Fr. 46 Mio. bis Ende 2018. Dazu komme noch, dass der beste Steuerzahler Wädenswil verlassen habe und die Steuererträge juristischer Personen rückläufig seien.

Deshalb unterstütze die FDP den Antrag der GRPK, dass der Stadtrat bis im September 2015 einen überarbeiteten Finanz- und Entwicklungsplan vorlegen soll, mit den aus ihrer Sicht nötigen Korrekturen bei den geplanten Investitionen. Die FDP-Fraktion werde sich dafür einsetzen, dass nur die absolut notwendigen Investitionen und Ausgaben getätigt werden, damit eine Erhöhung des Steuerfusses vermieden werden könne. Sie erwarten vom Stadtrat, aber auch vom Gemeinderat, dass Aufwände und Investitionen noch vermehrt auf ihre Notwendigkeit hinterfragt werden. Was nicht unbedingt nötig sei, müsse gestrichen werden. Da müssen auch harte Diskussionen geführt und unpopuläre Entscheide getroffen werden.

Die FDP unterstütze die Kürzungsanträge der GRPK und sei für eine Beibehaltung des Steuerfusses von 84 %.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, bemerkt, dass man heute Abend einen Voranschlag mit einem Rekorddefizit behandeln werde. Es möge Stimmen geben, die sagen, dass die finanzielle Lage aufgrund des noch komfortablen Eigenkapitals eigentlich gar nicht so schlimm sei. Die CVP-Fraktion schätze die Lage anders ein. Sie sei sehr ernst, denn das Defizit 2015 sei nicht ein einmaliges Ereignis, so wie aufziehende dunkle Wolken, die sich in einem kurzen, heftigen Gewitter entladen, damit anschliessend bald wieder die Sonne scheine. Sie stehen auch wegen der faktischen Streichung des Finanzausgleichs vor einem strukturellen Defizit, das sich voraussichtlich Jahr für Jahr wiederholen werde. Das sei aber keineswegs der einzige Grund für die dramatische Lage, denn gegenüber Budget 2014 steigen die Aufwendungen im Jahr 2015 um vier Millionen Franken. Sie beurteilen die Lage als dramatisch und seien froh, dass die GRPK in intensiver Knochenarbeit das Budget genauestens unter die Lupe genommen und den Rotstift angesetzt habe. Das sei dringend notwendig gewesen, obwohl der bürgerliche Stadtrat bis zur endgültigen Budgetverabschiedung bereits mehrere Sparrunden durchgeführt habe. Man werde heute Abend über mehrere Abänderungsanträge der GRPK befinden, doch damit seien die Finanzen noch längst nicht im Lot.

Aussergewöhnliche Situationen erfordern aussergewöhnliche Massnahmen, Massnahmen also, die substantiell einschenken. Was solle man jetzt als Gemeinderat einfordern? Die Neuauflage einer Schulden- oder Ausgabenbremse, wie das die CVP vor über einem Jahr leider erfolglos versucht habe, damals als die Finanzlage noch einigermaßen rosig aussah? Oder soll man vom Stadtrat verlangen, so rasch als möglich ein Sparprogramm – oder etwas wohlklingender formuliert – eine Leistungsüberprüfung einzuleiten? Oder sei es nicht einfacher, schlicht den Steuerfuss zu erhöhen, um Defizite zu decken? Man rede nicht gerne von Sparen oder von Aufwandreduktionen, trotzdem müsse man Farbe bekennen und zuerst dort ansetzen. Nach einer tabulosen Überprüfung der Ausgabenstruktur müsse man sich in der Diskussion dann auch dem Tabu Steuerfusserhöhung zuwenden. Der CVP-Fraktion sei es wichtig, die richtige Reihenfolge einzuhalten.

Der Gemeinderat wisse nicht, welche Weichen der Stadtrat für die weitere Zukunft stellen wolle – trotz dieser dramatischen Ausgangslage. Auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wollen wissen, wohin die Reise gehe. Die GRPK stelle deshalb unter anderem den Antrag, den vierjährigen Finanz- und Entwicklungsplan vorzuziehen. Der aktuelle FEP beinhalte Zielgrössen, die längst nicht mehr einzuhalten seien. Der Stadtrat müsse jetzt vorzeitig Spar- und Steuerfuss Szenarien entwickeln und auf den Tisch legen, bevor sich der Gemeinderat hinter das Budget 2016 mache.

Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP, stellt fest, dass es noch keine 6 Monate her sei, nämlich am 23. Juni, als man in diesem Rat folgende grossen Worte von bürgerlicher Seite habe hören können: „Trotz grossen Investitionsplänen der kommenden Jahre werde man sich beim Voranschlag 2015 für eine Steuersenkung einsetzen.“ Schon damals habe sich die Fraktion der Grünen ob so viel – sage man einmal – Kühnheit, sehr gewundert. Wie können

ihre bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen von Steuersenkung sprechen, wenn so viele Investitionen anstehen.

Und nun der grosse Katzenjammer. Der Geldsegen des Finanzausgleichs bleibe weg und man müsse wieder mit dem Geld auskommen, das man aus Steuern erhalte. Und da wäre man auch schon beim Übel für das Finanzproblem. Die Steuern seien in den letzten 10 Jahren immer wieder gesenkt worden. Statt dass man sich ein Polster angelegt hätte oder dringend notwendige Investitionen getätigt hätte, sei auf wertvolle Einnahmen verzichtet worden. Sei man ehrlich: Haben die Steuerermässigungen uns als Einzelpersonen wirklich so viel gebracht? Der Stadt Wädenswil haben sie auf jeden Fall sehr geschadet.

Die gleichen Personen die sich immer vehement für eine Steuersenkung eingesetzt haben, sitzen jetzt im Stadtrat. Da könne wohl nicht erwartet werden, dass man eine sicher nötige Steuererhöhung ins Auge fassen werde. Daher sei gestrichen worden! 3 Sparrunden haben die Abteilungen über sich ergehen lassen müssen. Sie möchte ein paar Beispiele geben: Massnahmen zum Ausbau für behindertengerechte Bushaltestellen seien kurzerhand auf das Jahr 2016 verschoben worden, obwohl dieser Ausbau vom Behindertengleichstellungsgesetz verlangt werde. Auffrischung von unseren Grünanlagen und Spielplätzen sei auch auf 2016 verschoben worden. Für Fussgängerschutz seien ganze Fr. 50'000.- gestrichen worden usw.

Man streiche statt dass man dringend saniere und investiere. Es gebe noch vieles, das von der Stadt einfach ignoriert werde: Sanierungen von maroden Kindergärten und Schulhäusern oder der Alterssiedlung „Bin Rääbe“. Dort müssen die Bewohnerinnen und Bewohner 4 Stockwerke nach unten gehen, damit sie ein Badezimmer benutzen können. Das sei für eine Stadt wie Wädenswil einfach schäbig.

Was sie da machen, sehr geehrte Damen und Herren, sei eine grosse Bürde für unsere nächste Generation. Sie werde einmal sehr darunter leiden, dass wir Politiker jetzt unseren Job nicht machen, nur um selber gut da zustehen.

Die Budgetkürzungen seien aber auch ein Schlag ins Gesicht für alle, die mit viel Zeitaufwand und Energie dieses Budget gemacht haben. Es sei sicher frustrierend und ein absoluter Motivationskiller für die Finanzverantwortlichen der Abteilungen, wenn ihre seriöse Arbeit so nicht ernst genommen werde. Es gebe viel zu tun in Wädi. Packe man es gemeinsam an.

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, führt aus, dass das Defizit Fr. 10 Mio. betrage, wenn man die Fr. 3 Millionen, welche einmalig seien, von Pro Wädenswil herausrechne. Daran zeige sich, dass die massiven Steuersenkungen der letzten Jahre einfach nicht nachhaltig gewesen seien. Wie schon Jonas Rickli gesagt habe, sehe es zwar so aus, als ob die Steuereinnahmen nicht sinken. Dies stimme aber leider nur, wenn man das Wirtschaftswachstum und vor allem die Inflation herausrechne. Und dies sei eben einfach nicht sauber gerechnet.

Aber der Stadtrat wolle dies irgendwie nicht einsehen. Es scheine so zu sein, als ob man Hoffnung habe, dass vielleicht von irgendwoher zusätzliche Einnahmen erfolgen oder die

Ausgaben aus irgendeinem Grund tiefer sein werden. Dazu kommen komische Sparmassnahmen. Komisch, weil er sich überlegt habe, was eigentlich sparen bedeute: Wollte man sparen, dann lege man Geld auf die Seite, damit es später zur Verfügung stehe. Oder man erhalte das Gleiche zu einem billigeren Preis. Bei den vorliegenden Sparmassnahmen sei aber nichts von beidem der Fall. Es werden zum Beispiel einfach behindertengerechte Bushaltestellen hinausgeschoben. Dies sei im nächsten Jahr immer noch gleich teuer wie jetzt. Aber Leute, welche sehr starke Gehbeschränkungen haben, müssen einfach ein Jahr warten. Die Stadt spare nicht und viele Leute seien davon beeinträchtigt.

Oder auch der Unterhalt von Gemeindestrassen: Ein oder zwei Jahre können schon Einsparungen gemacht werden, aber nachher komme es einfach mit Zins und Zinseszins auf einen zurück und koste dann im Endeffekt vielleicht sogar mehr.

Die SP fordere den Stadtrat auf, beim Budget 2016 wieder etwas langfristiger zu denken und nicht alles auf das nächste Jahr hinauszuschieben.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli hofft, dass nach der Sitzung alle den Heimweg antreten werden in der Überzeugung, dass heute Abend, trotz der bisher vorgebrachten Kritik, konstruktiv, bürgernah und ohne einen zu tiefen Griff ins Portemonnaie diskutiert und entschieden worden sei.

Vor einem Jahr, bei der letzten Budgetdiskussion, habe der damalige amtierende Stadtrat Finanzen Paul Rota einleitend festgehalten, dass es heute Abend keine ruhige Kugel zu schieben gebe. Diese Feststellung könne man wiederholen, ohne sich am Vorwurf eines Plagiats auszusetzen. Denn die Ausgangslage sei nicht nur die Gleiche, nein sie habe sich noch verschlechtert, und das aus verschiedenen materiellen und nicht personellen Gründen. Zu den Gründen komme er später.

Zuerst bedanke er sich bei der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission und ihrer Präsidentin Christina Zurfluh, für ihre umfangreiche und fundierte Arbeit im Dienst der Öffentlichkeit.

Bevor jedoch das Budget durchleuchtet werden könne, müsse es zuerst erstellt werden. Das sei für alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung jeweils eine anspruchsvolle Angelegenheit. Denn eine Budgetierung setze Sachverstand und Weitblick voraus, es gehe ums abwägen von Überfälligem, also absolut Nötigen und Dringendem einerseits und andererseits was man auch auf später verschieben könne. Das alles verlange von den Personen, welche im Budgetierungsprozess involviert seien, einen erheblichen Zeitaufwand, notabene zusätzlich zu ihrem Alltagsgeschäft. Darum sei auch allen Verwaltungsabteilungen respektive allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine Anerkennung ihrer Arbeit und gebührenden Dank auszusprechen.

Es sei für alle Beteiligte eine herausfordernde Aufgabenstellung gewesen, den anfänglich budgetierten Fehlbetrag von Fr. 17 Mio. auf ein vertret- und verkraftbares Minus von weniger als Fr. 7 Mio. zu kürzen. Das sei nur mit Verzicht und Verschiebungen von diversen Positionen auf später unter dem Begriff „reduce to the max“ gegangen.

Auch für die Vertreter der GRPK werde bei einem Budgetierungsprozess einiges verlangt. Das Durchleuchten jeder Abteilung, das Unterscheiden von übergeordnetem Zwang, von absolut Notwendigen zur Sicherung einer funktionierenden Infrastruktur und von so genanntem Wünschbaren. Und oft sei es nicht einfach und auf den ersten Blick nicht ersichtlich, ob eine Ausgabe dem Bürger und der Bürgerin einen wahrnehmbaren Zusatznutzen bringe. Oder aber ob eine Ausgabe lediglich der Auslastung der bestehenden städtischen Apparate diene.

Bei allem guten Willen aller Beteiligten, den städtischen Haushalt im Gleichgewicht und den Steuerfuss für alle Steuerzahler auf einem erträglichen Niveau zu halten, müsse daran erinnert werden, dass etliche Vorstösse, welche überwiesen worden seien, auch Kosten bewirken. Kosten welche nicht oder nur teilweise budgetiert worden seien. Diesen Aspekt sollte man bei allem guten Willen, bei allen guten Absichten nie ganz aus den Augen verlieren.

Doch zurück zu den harten Fakten: Auch dieses Mal habe sich der Budgetprozess über drei intensive Runden mit einschneidender Wirkung erstreckt. Denn mit der Mitteilung aus dem Kanton, dass Wädenswil im Jahr 2015 fast vollständig aus dem Finanzausgleich falle, sei die Stadt ohne Vorwarnung mit der Tatsache konfrontiert worden, dass im kommenden Jahr auf der Einnahmenseite zwischen rund Fr. 6.5 Mio. fehlen werden. Auf Steuerprozente umgerechnet seien dies rund 12 Steuerprozente, welche 2015 wegbrechen.

Mit ein Grund für die aus ihrer Sicht schlechte Nachricht seien pikanterweise höher als budgetierte Steuernachträge von gegen Fr. 11 Mio. Franken im Jahr 2013. Zudem habe die Steuerkraft bei uns im relevanten Jahr zugenommen, im Kanton, welcher die Messlatte für den Finanzausgleich setze, sei die Steuerkraft jedoch gesunken. Die entgegengesetzte Entwicklung in unserer Stadt und im Kanton führen dazu, dass uns im Jahr 2015 nur noch ein Rinnsal an Finanzausgleich zuflüsse. Es seien weniger als Fr. 200'000.--.

Er verstehe in diesem Zusammenhang die Frage, ob man denn Steuernachträge nicht präziser budgetieren könne um Überraschungen – positive oder negative – auf ein erträgliches Mass zu trimmen. Dazu sei fest zu halten, dass gerade Steuernachträge von Jahr zu Jahr schwer unvorhersehbare Schwankungen aufweisen und daher schwer prognostizierbar seien. Deshalb neige man dazu eher zurückhaltend zu budgetieren, wobei der 5-Jahres-Durchschnitt jeweils als Messgrösse und als Richtschnur diene. Das nur zum besseren Verständnis, wieso es bei den Steuernachträgen zu derartigen Budgetabweichungen kommen könne.

Immerhin, eine relativ gute Nachricht aus dem Finanzecken gebe es doch noch zu melden. Aus der Liquidation der Pro Wädenswil fliesse der Stadtkasse im nächsten Jahr Fr. 3 Mio. zu. Allerdings, und das sei bereits wieder die Einschränkung, sei es eine einmalige Sache und könne leider nicht auf folgende Jahre extrapoliert werden.

Der Umstand, dass man im Jahr 2015 fast gänzlich aus dem Finanzausgleich falle sei zwar bedauerlich, doch jammern bringe uns nicht weiter. Im Gegenteil, den Blick nach vorne zu

richten und die Bemühungen gute Steuerzahler zu pflegen und neu für Wädenswil zu gewinnen seien fortzusetzen, respektive noch zu intensivieren.

Damit seien die Anstrengungen im Bereich Standortförderung angesprochen. Unsere Qualität – ideale Lage, zentrumsnah, verkehrsmässig hervorragend erschlossene und intakte Infrastruktur usw. – müssten im Bestreben, den Wohn-, Gewerbe-, Industrie-, Bildungs- und Forschungsstandort zu vermarkten, im regionalen Wettbewerb früher oder später ihren Niederschlag finden. Das Ziel sei und bleibe, juristische und natürliche Personen von der Qualität, welche unsere Stadt zu bieten habe, zu überzeugen.

Und in diesem Zusammenhang sei das Projekt Rütihof zu erwähnen. Das werde eine bedeutende weichenstellende Angelegenheit mit Langzeitwirkung für unsere Stadt sein, aus welcher Optik und aus welcher Ecke man das Vorhaben auch immer be- und verurteile.

Er wolle noch einen Blick nach vorne werfen: Man habe in den letzten Jahren nie mit der grossen Kelle angerührt, eher im Gegenteil. Meistens sei auch der Gürtel enger geschnallt worden als das mancher gerne haben wollte. Das sei mit ein Grund, weshalb mittlerweile da und dort ein Nachholbedarf, unter anderem bei städtischen Liegenschaften, entstanden worden sei. Jetzt gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder packe man die überfälligen Sanierungen und Renovationen an oder man warte, mit dem Risiko, dass die Sache später kostspieliger werde. Der Zeitpunkt zu investieren, sei mit Blick auf die aktuelle Lage des Geld- und Kapitalmarkts, nicht ungünstig. Das zeige die kürzlich erfolgte Kapitalbeschaffung durch die Stadt. Sie habe einen Darlehensvertrag in zweistelliger Millionenhöhe mit einer Laufzeit von 15 Jahren zu einem Zins von 1.28 % abschliessen können. Es wäre mit Blick auf die anstehenden grossen Vorhaben wünschbar, wenn die Zinssituation noch für einige Zeit eine günstige Geldbeschaffung ermöglichen würde.

Zusammenfassend dürfe man festhalten, dass erstens die Finanzlage unserer Stadt zwar nicht feudal sei, aber auch nicht alarmierend. Zweitens seien bedeutende Investitionen in der Realisierung und weitere städtische Vorhaben seien in der Pipeline. Einige davon stehen jedoch noch der Prüfung und der Absegnung durch das Parlament bevor.

Zwar fehlen uns seit 2014 rund Fr. 2 Mio. Steuereinnahmen bei juristischen Personen aufgrund des Wegzugs der BASF, mit Fr. 1.5 Mio., und an einer Zehnder-Tochtergesellschaft mit Fr. 0.5 Millionen. Und auch bei den natürlichen Personen werden die Kürzungen der Boni, vor allem bei Banken und Versicherungen, ihren Niederschlag bei den Steuern finden. Doch nicht nur das: Wie erwähnt entfalle 2015 zudem noch der millionenschwere Ressourcenzuschuss aus dem Finanzausgleich.

Immerhin das vorhandene Eigenkapitalpolster erlaube es, den budgetierten Ausgabenüberschuss von Fr. 6.9 Mio. abzufedern. Gemäss Voranschlag werden die Eigenmittel Ende Jahr immer noch Fr. 51.9 Mio. betragen, was bedeute, dass kein Zwang zu einer Steuerfusserhöhung bestehe. Ob diese Aussage auch in einem Jahr noch Gültigkeit habe, hänge vor allem von zwei Faktoren ab. Ob die Stadt das heute präsentierte Budget mit dem vorgeschlagenen Fehlbetrag strikt einhalte und ob Wädenswil im Jahr 2016 wieder in Genuss des Finanzausgleichs komme. Auf Basis der heute verfügbaren Zahlen und Indikatoren seien die Chancen dazu intakt. So oder so müsse unser Ziel aber sein: Ausgabendisziplin und

Budgettreue. Denn eine weitere markante Budgetüberschreitung liege nicht drin. Sonst seien die Konsequenzen absehbar.

Es soll in einer Ausgangslage, in der sich die Stadt befinde, auch nicht verboten sein, grundsätzliche Fragen zum Aufgabengebiet der städtischen Verwaltung zu stellen. Eine funktionierende öffentliche Hand, zufriedene Bürger und Bürgerinnen und eine erträgliche Belastung, das schliesse Steuern und Gebühren ein, müssen nicht zwingend eine Quadratur des Zirkels sein. Aber es setze voraus, auch Themen anzupacken, zu hinterfragen und zu prüfen, welche bislang quasi als unantastbar, ja als tabu gegolten haben.

Es wäre wünschenswert, wenn Legislative und Exekutive in dieser Sache in konstruktivem Geist gemeinsam zukunftsgerichtete Lösungen suchen und finden würden. Dies der Wunsch zum Jahreswechsel für das neue Jahr.

Als Fazit lasse sich festhalten: Das Budget 2015 sei spartanisch, trage aber den vielfältigen Anliegen der Öffentlichkeit also der Bevölkerung und der Steuerzahler, sowie der Verwaltung, welche für einen funktionierenden Staatsapparat zuständig und verantwortlich sei, im Rahmen der Möglichkeiten Rechnung.

Alle Abteilungen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass das Defizit auf ein verkraftbares Mass habe gehalten werden können. Bei allen Kürzungen habe man doch überlegen müssen, ob diese dann auch realistisch und realisierbar seien. Denn eine Sparmassnahme müsse auch immer machbar und durchsetzbar sein. Es bringe nichts, Streichungen vorzunehmen, damit es auf dem Papier gut aussehe, die aber in der Realität nicht umzusetzen seien.

Er bitte den Gemeinderat, dem Budget im Namen des gesamten Stadtrats zuzustimmen. Seine Stadtratskollegen und –kollegin werden sich allenfalls bei der Detailberatung noch zu den einzelnen Abteilungen zu Wort melden, sofern dies nötig sei oder gewünscht werde. Er bitte im Namen des Stadtrats den Anträgen auf Seite 107 respektive 156 im blauen Buch zuzustimmen.

Pierre Rappazzo, GLP, bemerkt, dass sich seine Partei für einen gesunden Staatshaushalt einsetze. Stabile Kosten und eine moderate Steuerbelastung seien wichtige Standortfaktoren. Sie tun das im Wissen, dass der Staat wichtige Aufgaben habe. Und sie seien sich auch bewusst, dass mit dem Bevölkerungswachstum die Ausgaben des Staates wachsen. Im aktuellen Budget wachsen die Ausgaben aber überproportional. Wenn nicht wir, dann werden unsere nachfolgenden Generationen unter den Staatsausgaben zusammenbrechen. Und es sei unumgänglich, dass man jetzt auf die Bremse stehe. Man habe daher kein Verständnis für jene, die leichtfertig die Ausgaben ausweiten wollen. Sie plädieren fürs Masshalten. Ausgaben sollen möglich sein, doch sie müssen gut begründet werden. Besonders kritisch betrachten sie zusätzliche Stellen in der Verwaltung, grosszügige Projekte, eine Ausweitung des Aufgabenkatalogs, Bestrebungen zur Zentralisierung, verbunden mit der Aussicht auf mehr Effizienz und Professionalität, Versprechen, die in der Regel nicht gehalten werden. Ihr Ziel für die diesjährige Budgetdebatte sei ein positiver Rechnungsabschluss. Und bevor jemand aufheule: Sie seien zuversichtlich, dass das möglich sei, und zwar ohne

dass man daran zugrunde gehen werde. Er sei sogar überzeugt, dass man eher daran zugrunde gehe, wenn man nicht auf die Bremse stehe. Denn jede Stelle, die man schaffe, sei praktisch für die Ewigkeit. Und jede neue Aufgabe werde über Nacht unverzichtbar. Darum sei es die beste Art des Sparens, wenn man gewisse Dinge stoppe, bevor sie star-
ten.

Vielleicht kommen dem einen oder anderen diese Worte bekannt vor. Ja, es sei das Votum unseres Stadtpräsidenten im Kantonsrat zum Budget vor einer Woche gewesen: "Die Worte höre er wohl, allein ihm fehle der Glaube". Und so fehle auch ihnen der Glaube, dass der Wille vorhanden sei, effizient zu arbeiten. Die Kosten steigen überproportional, ohne dass auf der anderen Seite Leistungsverbesserungen für die Steuerzahler erkennbar wären. Es sei noch viel Luft drin, wenn man sich auf die Kernkompetenzen konzentriere. Da man ja von aussen immer nur aufgrund Indizien urteilen könne nachfolgend einige solcher Indizien.

Alleine in den letzten 5 Jahren seien die Ausgaben von Fr. 150 Mio. auf Fr. 174 Mio. (+ 16 %) gestiegen. Dies bei einem Zuwachs der Einwohnerzahl von 20'766 auf etwas über 21'000 (grosszügig gerechnet + 1 %). Die Kostensteigerung sei deutlich höher als der Anstieg der Einwohner gewesen.

Und noch zwei persönliche Erlebnisse, die ihm zeigen, dass es am nötigen Augenmass fehle und die Verwaltung zu viel Zeit habe: Johannes Zollinger habe freundlicherweise die Schüler des Eidmattes zu einem Ausflug eingeladen, weil die GEWA über eine längere Zeit ihre Sportanlagen besetzt habe. Der Ausflug sei just an jenem Tag geplant gewesen, wo sie für seine Kinder einen Jockertag einziehen wollten, weil seine Frau im Klassenlager und er im Kantonsrat gewesen seien. Sie wollten aber ihren Kindern ermöglichen auch am Ausflug teilzunehmen. Da ihre Kinder letztes Jahr am Morgentisch gewesen seien, habe seine Frau gefragt, ob es möglich wäre, die Kinder am besagten Montag für eine Stunde zum Morgentisch zu bringen. Natürlich hiess die Antwort, kein Problem. So wie er es eigentlich erwartet habe. Einzig solle meine Frau noch das Schulsekretariat informieren. Aber oje, dieses cancelte die Abmachung umgehend, mit der Begründung, wenn das jeder machen würde. Er schrieb sodann ein freundliches Mail mit dem Hinweis auf ihre aussergewöhnliche Situation und habe um eine Ausnahme gebeten. Als Antwort habe er einen zweiseitigen Brief per Post erhalten, der ihnen begründet habe, weshalb ihr Gesuch, es sei ja mittlerweile ein Gesuch und keine Anfrage mehr, abgelehnt werden müsse, nur um im letzten Satz aber zu sagen, dass sie eine Ausnahme machen würden. Als er die Kids am besagten Morgen dann in die Betreuung gebracht habe, seien sie freudig begrüsst worden, von meiner Abmachung mit dem Sekretariat habe die Betreuerin zwar nichts gewusst, wohl ihre Kollegin, die sei heute aber krank. Aber das sei ja kein Problem, sie werden die Kinder heute sowieso nehmen.

Was sage uns diese kleine Geschichte? Man frage die Verwaltung besser nicht, denn so gehe es besser. Oder noch schlimmer, dass es so laufe und niemand die Kompetenz habe, solch eine Entscheidung selber zu fällen. Offenbar sei an der Basis noch alles in Ordnung gewesen. Aber in der Verwaltung scheine man zu viel Zeit und zu wenig Arbeit zu haben, nur so könne er sich erklären, dass man die Zeit für solche Leerläufe aufwenden könne.

Oder ein anderes Beispiel sei die unsägliche Geschichte mit den Hühnern seiner Tochter. So seien sie mehrfach von diversen Mitarbeitern der Stadtverwaltung kontaktiert worden, es seien mehrere Telefongespräche mit ihnen geführt worden und sie seien zu einem Gespräch ins Stadthaus zur Leiterin Liegenschaften eingeladen worden. Nach weiteren Telefongesprächen mit Verwaltungsmitarbeitern habe er zur Krönung noch ein Telefon vom zuständigen Stadtrat Schuppli erhalten. Alles mit dem Ziel sie zu überzeugen, die Hühner doch nicht frei laufen zu lassen. Weil sie einige Mieter in der Alterssiedlung Bin Rääbe störe. Er frage sich als Parlamentarier, ob denn die Verwaltung sonst nichts zu tun habe und es die Aufgabe der Stadt sei, sich für Mieter in ihren Wohnungen dermassen einzusetzen. Offenbar habe die Verwaltung zu viel Zeit. Anstatt einigen wenigen renitenten Bewohnern der subventionierten Alterswohnungen Bin Rääbe jeden Wunsch von den Lippen abzulesen, würde man sich klüger mit dem Abwart auf eine für beide Seiten gute Lösung einigen.

Dies seien nur zwei Beispiele, die uns zeigen, es herrsche Bürokratie und Aktivismus anstatt Kunden- und Kostenorientierung. Man sei eine Zürichsee Gemeinde, man müsse sich an unseren Nachbarn messen und nicht an vergangenen aus heutiger Sicht zu hohen Steuersätzen. Denn tatsächlich seien die Steuern schon höher gewesen, damals seien aber auch die Landpreise deutlich tiefer gewesen. In der Zwischenzeit haben sich Eigenmiet- und Steuerwert der Liegenschaften deutlich erhöht, was sich direkt auf die Wohnkosten auswirkt habe. Das seien zusätzliche Kosten für die Haushalte. Man könne nicht auf der einen Seite diese Staatskosten erhöhen und auf der anderen Seite auch noch die Steuern erhöhen. Dieser Steuervergleich mit der Vergangenheit, der auch schon bei der OSW Präsentation gebraucht worden sei, sei falsch. Man müsse immer die gesamten Kosten des Bürgers anschauen und nicht den Teil herausnehmen, der einem gerade in den Kram passe. Dies gelte übrigens auch bei den Gebühren und solchen Luxusprojekten wie UFC. Dieses Geschäft dürfte ja bald in die Sachkommission kommen. Da hoffe er auf bürgerliche Vernunft und auf eine endgültige Rückweisung an den Stadtrat. Die GLP erwarte, dass man Kosten spare und die Leistung erhöhe und nicht umgekehrt.

Trotzdem, es bestehe Grund zur Hoffnung. Seit langem gebe es in Wädenswil wieder eine bürgerliche Mehrheit im Stadtrat und im Gemeinderat. Diese bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat habe sich zusammengerauft und gemeinsam weitere Kürzungen beschlossen. Das sei lobenswert und lasse für die Zukunft auf bessere Zeiten hoffen. Leider habe es dieses Jahr noch nicht zu einer umfassenden Kürzung gereicht. Eine Budgetkürzung um 7 Mio. Franken wäre aus ihrer Sicht das Richtige gewesen. Leider haben sie ihre bürgerlichen Kollegen nicht dafür gewinnen können, Pauschal über die Abteilungen hinweg zu kürzen, und die konkrete Anpassung der Exekutive zu überlassen. Aber es sei immerhin ein Anfang.

Die GLP-Fraktion werde alle Kürzungsanträge der GRPK sowie alle Anträge der bürgerlichen Allianz unterstützen.

Es sei aus ihrer Sicht zu wenig gekürzt worden. Dieses Budget sei nicht nachhaltig und führe zwangsläufig zu Steuererhöhungen. Sie hoffen, dass dies ein einmaliger Ausrutscher des bürgerlichen Stadtrates sei und er nächstes Jahr das Ruder herumwerfen werde. Jetzt wo er wisse, dass er die Unterstützung einer Mehrheit im Parlament hinter sich wisse. Und so hoffen sie auf ein deutlich tieferes Budget nächstes Jahr.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seiten 8 bis 17)

Mitglied der GRPK, Christine Merseburger, EVP, führt aus, dass das Budget des Präsidialen schön aussehe, weil man die Fr. 3 Millionen, die man bei der Liquidation von Pro Wädenswil erhalten habe, beim Präsidialen habe verbuchen können. Wenn man diese herausrechne, dann gebe es eine leichte Erhöhung des Ertrags und auch der Ausgaben.

Worauf sie besonders hinweisen wolle, sei der Posten für die Feier des Regierungsratspräsidenten. Dieser Posten habe sie erstaunt und sie habe gefragt, ob man bei diesem nicht sparen könnte. Aber ihr sei gesagt worden, dass der Betrag sehr tief angesetzt worden sei und ein Apéro für die Bevölkerung einfach dazu gehöre. Die Feier sei nicht einfach nur für die Allgemeinheit, sondern es gebe auch Vorschriften, wer alles dazu eingeladen werden müsse. Da könne leider nicht gekürzt werden, aber sie haben erfahren, falls Ernst Stocker nochmals Regierungsratspräsident werden würde, dann würde keine Feier mehr stattfinden, weil diese nur beim ersten Mal gemacht werde.

Stadtpräsident Philipp Kutter möchte einige Allgemeine Bemerkungen machen. In der ersten Runde seien die Rotationsgewinne thematisiert worden. Er verstehe das Unbehagen bei den Rotationsgewinnen und möchte darauf hinweisen, dass sie von der Stadt über diese nicht abstimmen. Der Rotationsgewinn sei eine statistische Grösse, welche der Kanton verwende, um einen Teil seiner Lohnerhöhung zu injizieren. Das könne gemacht werden, wenn man 36'000 Mitarbeiter habe.

Bei der Stadt Wädenswil mit rund 220 Mitarbeitern sei dieser statistische Wert vernachlässigbar und werde daher nicht verwendet. Darüber hinaus sei aber auch ein ideeller Gedanke dahinter. Mit der Betonung, dass man dann einen Teil mit dem Rotationsgewinn refinanzieren, sage man eigentlich, dass man lieber jüngere als ältere Mitarbeiter halte oder einstelle. Dies sei ja auch Gesellschaftlich umstritten. Es sei klar, dass Junge günstiger seien und ältere Mitarbeitende eher teure, aber sie wollen dieser Entwicklung Vorschub leisten, damit Ältere nicht auf's Abstellgleis gestellt werden. Unter dem Strich sei für sie dieser Rotationsgewinn nicht relevant. Und die Diskussion, dass man diese Rotationsgewinne nicht verwenden wolle, sei nachvollziehbar und auch im Kantonsrat werde dies sehr kritisch beurteilt.

Zu den Lohnerhöhungen allgemein: Er wisse, dass es dazu auch kritische Voten gegeben habe. Aus dem Bericht der GRPK sei zu lesen, dass das Gemeindeamt eine Lohnerhöhung von 0.7 % der Lohnsumme vorschlage. Dies sei ein grundsätzlicher Vorschlag und stamme aus dem Jahr 2004. Die Stadt Wädenswil halte sich bei den Vorgaben an den jeweiligen jährlichen Beschluss des Regierungsrats. Der Regierungsrat habe für das Jahr 2015 eine Lohnerhöhung von 0.9 % der Lohnsumme zur Verfügung gestellt. An diese Quoten habe sich die Stadt bis jetzt gehalten und sie wollen das auch weiterhin so handhaben.

Er bedanke sich noch bei Pierre Rappazzo für das korrekte Zitat. Er wolle noch unterstreichen, dass er den Grundsatz, welchen er dort vorgegeben habe, auch in seinem Amt als

Stadtpräsident befolge. Er habe Verständnis für Kostenbewusstsein. Aber Kosten sparen und Leistungen erhöhen, sei doch sehr anspruchsvoll und es deute auch darauf hin, dass Pierre Rappazzo ein schlechtes Bild von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung habe. Diese Geringschätzung finde er daneben.

Kürzungsanträge der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP

Konto 150/3090.05 Aus- und Weiterbildung Personal: Zentraler Aufwand / Aus- und Weiterbildung Personal

«Das Bündnis aus SVP, FDP, GLP und BFPW beantragt, den Aufwand im Konto 150/3090.05 für Aus- und Weiterbildung Personal von Fr. 125'000.-- auf Fr. 95'000.-- zu reduzieren.»

Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass sie ein Personal wollen, welches kostenbewusst und effizient arbeitet. Es brauche wieder mehr Kundenbewusstsein. Vorschriften und Gesetze seien im Sinne der Bevölkerung auszulegen. Das könne man nicht in „gspürschmi Kürsli“ lernen, dazu brauche es Führungsverantwortung, Handlungsspielraum und Kompetenz.

Alleine in den letzten 5 Jahren seien die gesamten Kosten von Fr. 150 Mio. auf Fr. 174 Mio. angestiegen. Auch die Aus- und Weiterbildung habe sich in den letzten 5 Jahren von Fr. 78'000.-- auf Fr. 125'000.-- erhöht. Ihr Antrag diese auf Fr. 95'000.-- zu kürzen bedeute also immer noch eine schöne Erhöhung um satte 25 % und entspreche den letztjährigen Ausgaben.

Stadtpräsident Philipp Kutter stellt fest, dass es richtig sei, dass die Stadt einen gewissen Beitrag für die Weiterbildung einsetze. Von den „normalen“ Fr. 95'000.-- gehen Fr. 35'000.-- allein für die Lernenden weg. Es sei so, dass sie all paar Jahre eine Weiterbildung mit dem Kader für eine bessere Zusammenarbeit durchführen wollen. Dies wäre im Jahr 2015 wieder der Fall. Die letzte grössere Kaderzusammenkunft gehe bis 2008 zurück. Jetzt könne man selber überlegen, ob die Karez dahinter üppig sei oder eher zurückhaltend. Er sei der Meinung, dass all sieben Jahre einmal ein oder zwei Tage mit dem Kader eine nicht allzu üppige Entwicklungsmassnahme sei. Wenn er die Kritik von Pierre Rappazzo und auch von anderen höre, inklusive GRPK Antrag und Postulat, dass man den FLAG weiterentwickeln und ein Leitbild machen müsse, dann müsse er sagen, dass dies nicht zustande kommen könne, wenn man mit dem Kader nicht ein wenig arbeiten dürfe. Er bitte den Gemeinderat nochmals, diesen Betrag stehen zu lassen. Natürlich könne darauf verzichtet werden, aber dann bitte er, sich nicht mehr über die Verwaltungseffizienz zu beschweren. Wer eine effiziente Verwaltung wolle, müsse auch in die Leute investieren.

Simon Kägi, GP, findet es schön, dass man nun alle zusammen mit bürgerlicher Allianz anreden könne. Er findet es jämmerlich, dass man beim Personal sparen wolle, gerade bei Weiterbildungen. Man wisse, dass die Stadt Wädenswil gute Löhne zahle, aber nicht die Besten, im Vergleich zu anderen Zürichsee Gemeinden. Er möchte darauf hinweisen, dass man jetzt zwei neue Ratssekretärinnen habe, denn die beiden Vorgängerinnen seien nach

Horgen abgewandert. Wenn man die Entwicklung anschau, wohin unser Personal gehe, so sei dies der falsche Punkt, bei der Weiterbildung streichen zu wollen.

Wenn man im Budget einen Punkt weiter unten schau, seien schon bei der Arbeitssicherheit Fr. 17'000.-- gestrichen worden. Er sei davon ausgegangen, dass man bei der Arbeitssicherheit gespart habe um den Betrag bei der Weiterbildung zu erhöhen. So dass man dort nachhaltig Verbesserungen in die Arbeitssicherheit investieren könne. Aber wenn man den Betrag dort streichen wolle, müsse er fragen, wohin man denn da laufe. Ob man die Arbeitssicherheit an die SUVA auslagere und dort von Leistungen profitiere? Umso von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen welche ausfallen mehr zu sparen. Dies sei einfach kurzfristiges Denken und das nerve ihn. Es sei genau das Gleiche bei dem, was man machen müsste, aber jetzt auf das Jahr 2016 verschoben werde. Er plädiere vehement, dass man die Kürzung bei der Weiterbildung nicht vornehme.

Christian Gross, SP, will sich dem anschliessen, denn es sei wirklich kurzfristig und es gehöre genau zu diesen Sachen, welche er vorher erwähnt habe. Bei Unterhalt, Weiterbildungen etc., können 2 bis 3 Jahre gespart werden, aber ewig könne dies nicht verschoben werden. Und im Endeffekt komme es einfach teurer, wenn es lange nicht gemacht werde.

Es sei schon auch bezeichnend, dass man auf einen Posten schau, bei dem ein Peak darin sei. Warum bei diesem Posten ein Peak sei, habe Philipp Kutter bereits gut erklärt. Und dann kürze man einfach, ohne darauf zu achten, dass man seit Jahren keine Weiterbildung für das Kader durchgeführt habe.

Adrian Stucki, GP, will nochmals in das gleiche Horn blasen. Es gehe hier um die Attraktivität. Attraktivität als Arbeitgeber, welcher man hier in Wädenswil sei. Es gehe hier ums Gleiche, wie wenn er von Walter Münch höre, dass er bei der Kultur streichen wolle. Man könne schon auf ein Theater Ticino oder auf eine Bibliothek verzichten. Es können sämtliche kulturellen Sachen gestrichen werden. Es gehe aber um Attraktivität. Am Schluss sitze man hier einfach in Wädenswil und jeder sitze alleine zu Hause vor dem Fernsehen. So könne man Geld sparen.

Er wendet sich noch an die bürgerliche Regierung, insbesondere an Pierre Rappazzo: Er sei seit 5 Jahren in diesem Parlament und seit da habe man eine bürgerliche Regierung. Und diese bürgerliche Regierung sei auch immer eben für diese Politik gewesen. Er möchte Philipp Kutter noch Recht geben, wenn man von einem Leitbild spreche und wendet sich dabei an Christina Zurfluh Fraefel, welche in der GRPK immer von einem Leitbild gesprochen habe. Dann dürfe sie und die ganze GRPK bei so etwas sicher nicht mit „Ja“ stimmen.

Christine Merseburger, EVP, habe beim Besuch der Abteilung Präsidiales genau die Frage an Philipp Kutter gestellt wegen diesen Aus- und Weiterbildungskosten. Er habe genau die gleiche Antwort gegeben wie jetzt. Diese Antwort sei schriftlich festgehalten worden und sei an alle GRPK-Mitglieder gegangen. Wegen Weiterbildung wäre sie froh, wenn die Fragen

und Antworten gelesen und in der GRPK vorbesprochen werden würden. Somit hätte man sich diesen Leerlauf sparen können, dass jeder nochmals das Gleiche sagen müsse.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, wendet sich zum Thema Leitbild an Andreas Stucki. Man könne grundsätzlich das Rad immer neu erfinden. Oder man könne einfach einmal nach links und rechts schauen, was andere Gemeinden machen. Dies wäre eigentlich ihr Ansatz. Sie bemängle es, dass man immer das Gefühl habe, das Rad neu zu erfinden und selber alles aus dem Boden stampfen zu müssen. Da wäre ein Austausch naheliegender und auch kostengünstiger.

Stadtpräsident Philipp Kutter wendet sich an Christina Zurfluh Fraefel, welche ihn animiert habe, zu reagieren. Natürlich könne ein Leitbild kopiert und aus irgendeiner Gemeinde übernommen werden. Aber so viel Erfahrung mit einem Leitbild habe er, zu wissen, dass das wertvolle an einem Leitbild zu erarbeiten, der Prozess im Hintergrund sei, der damit verbunden sei. Darum müsse er ganz klar sagen, dass wenn ihnen die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, solche Projekte wie ein Leitbild zu erarbeiten, nicht möglich seien.

Abstimmung über den Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP:

Konto 150/3090.05 Aus- und Weiterbildung Personal: Zentraler Aufwand / Aus- und Weiterbildung Personal

«Das Bündnis aus SVP, FDP, GLP und BFPW beantragt, den Aufwand im Konto 150/3090.05 für Aus- und Weiterbildung Personal von Fr. 125'000.-- auf Fr. 95'000.-- zu reduzieren.»

Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen mehrheitlich zu.

Kontogruppe 160 (Kulturkredit), Konto-Nr. 3650.00 (Beiträge und Ankäufe)

«Die FDP, die SVP, das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil (BFPW) und die GLP stellen folgenden Kürzungsantrag: Es sei der budgetierte Aufwand von Fr. 80'000.-- im Konto 160.3650.00 (Kulturkredit, Beiträge und Ankäufe) um Fr. 40'000.--, d.h. auf neu Fr. 40'000.-- zu kürzen.»

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass es zu unterscheiden gelte zwischen den Konto-Gruppen 160 „Kulturkredit“ und 161 „Übrige Kulturförderung/Übrige Beiträge“. Die bürgerlichen Parteien unterstützen die Wädenswiler Kultur und schätzen den damit zusammenhängenden Einsatz von oft Freiwilligen. Sie seien aber dem Steuerzahler schuldig, transparent und nachvollziehbar aufzeigen zu können, welche Kulturschaffenden, Trägervereine, Organisationen im Einzelnen für was und wie hoch unterstützt werden. Diese Transparenz sei wohl in der Konto-Gruppe 161, nicht aber in der Konto-Gruppe 160, gegeben.

Bei der Kontogruppe 160 handelt es sich um einen Topf zur freien Verfügung der Kulturkommission. Im Wesentlichen werden daraus ad hoc-Beiträge an Veranstalter bezahlt und/oder werden Bilder von Wädenswiler Künstler aufgekauft und in den Kunstbesitz der Stadt überführt. Im Einzelfall mag es durchaus vorkommen, dass im Voraus nicht planbare Veranstaltungen ad hoc und unkompliziert unterstützt werden sollen. Die meisten Veranstaltungen der organisierten Trägerschaften und Vereine seien aber im Voraus planbar; die damit anfallenden Unterstützungszahlungen hätten transparent und konkretisiert und für den Gemeinderat überprüfbar im ordentlichen Budget, somit in der Kontogruppe 161 aufgenommen werden können. Bilderankäufe, die im Bilderrundus der Stadt verschwinden, erachten sie unter dem Aspekt eines vorsichtigen und zweckmässigen Umgangs mit dem Steuerfranken ohnehin als problematisch.

Um in nicht voraussehbaren und damit nicht budgetierbaren Einzelfällen dennoch Spontanzahlungen ausrichten zu können, erachten sie im Konto 160.3650 einen Betrag von Fr. 40'000.-- als ausreichend

Simon Kägi, GP, wendet sich an die bürgerliche Allianz und findet es erbärmlich, wenn man bei der Kultur anfangen wolle zu sparen. Wenn man da Fr. 40'000.- beim eigenen Kulturgut sparen wolle, welches jetzt auch zeitgenössisch entstehe, verstehe er nicht, wo sie dann in Zukunft ihre Wurzeln suchen wollen. Ihre Wurzeln, welche so wichtig für ihr Parteileitbild und für ihre Kernthemen seien. Es gebe viele kulturelle Anlässe, welche auch spontan entstehen können, wie zum Beispiel das Openair Arx en Ciel, und nicht unter den fixen Beiträgen laufen. Wo sie denn da in den Ausgang gehen wollen? Vielleicht können sie sich das leisten, dass sie ins Opernhaus oder in die Tonhalle in Zürich gehen. Aber es gebe viele Leute, welche in Wädenswil von der lokalen Kulturförderung profitieren, bei denen auch Anlässe im kleinen Rahmen stattfinden. Er finde es traurig, wenn dieser Betrag gestrichen werde.

Stadtpräsident Philipp Kutter, bemerkt, dass er schon viel erlebt habe, aber dass ihn dieser Antrag erstaunt habe und er den Rat inständig bitte, diesen nicht zu unterstützen. Wenn man den Kulturkredit um die Hälfte streiche, dann beschädige man die Kulturförderung von Wädenswil in ihren Grundfesten. Es sei so, dass man seit Jahren den gleichen Betrag zur Verfügung habe um Kulturvereine zu unterstützen. Das Einzige was sich geändert habe sei, dass man etwa vor drei Jahren gewisse Beträge von Konto 161 auf 160 transferiert habe, weil man im Konto 161 nicht immer so Kleinbeträge aufführen wolle, welche zum Beispiel an den Kirchen- und Oratorienchor oder an das Kammerorchester gehen. Gleichzeitig habe der Kanton seine Subventionspraxis geändert. Er gebe keine Beträge mehr direkt an Veranstalter, sondern an die Gemeinden zum Weiterverteilen.

Seit 2005 haben sie gleich viel Geld für die Kulturförderung zur Verfügung. Die Beträge, welche da vergeben werden, werden ehrenamtlich durch die Kulturkommission vergeben. Bei vielen anderen Gemeinden werden Kulturbeauftragte durch teures Geld angestellt. Bei uns machen dies ehrenamtliche Wädenswiler und Wädenswilerinnen. In der Regel sei der Beitrag der Stadt bei 5 bis 10 % des Gesamtaufwands der jeweiligen Veranstaltung. Hier ein paar Beispiele wer davon profitiere: Kirchen- und Oratorienchor, Kammerorchester, Weinbaumuseum, Orchester am See, Verein Art Park, Musiksommer, Theatergruppe Bühnerei,

Filmbühne, Arx en Ciel, Kindermusiktheater und vieles mehr. Diese Beträge, welche da vergeben werden, bewegen sich alle in der Grössenordnung zwischen Fr. 500.- und Fr. 5'000.-.

Er müsse dazu noch sagen, dass er selber in der Kulturkommission dabei sei, aber nicht als Präsident. Die Präsidentin sei Gaby Bachmann und sie und ihre Kollegen und Kolleginnen habe jeder ein Ressort. Der eine sei für Musik im ernsthaften Bereich zuständig, der andere im populären, der Dritte für's Theater. Sie sitzen mit dem Veranstalter zusammen und prüfen die Gesuche auf Herz und Nieren und machen dann einen Antrag an die Kulturkommission. Er könne sagen, dass sie dies wirklich mit einem absolut wirtschaftlich gesunden Verständnis erledigen und wie schon erwähnt in ihrer Freizeit.

Wenn man diesen Betrag von Fr. 80'000.- auf Fr. 40'000.- senke, dann müsse noch dazu erwähnt werden, dass der Betrag des Kantons auch entsprechend sinken werde. Das heisse, dass man im Saldo nicht das herausholen werde, was man wolle.

Thomas Koch habe angeboten, mehr durch die Blume, dass man gewisse Beträge auf das Konto 161 herüberziehen könnte. Leider finde er aber im Bericht oder bei den Anträgen keinen entsprechenden Erhöhungsantrag. Unter dem Strich müsse er also davon ausgehen, dass die Antragstellenden auf die Unterstützung dieser Veranstaltungen verzichten wollen. Und dies sei einschneidend. Für viele Kulturvereine, die man kenne und von denen man die Veranstaltungen besuche oder sogar dabei sei.

Christian Gross, SP, teilt mit, dass er zusammen mit Christine Merseburger die Abteilung Präsidiales besucht habe und sie dort alle Fragen von allen Fraktionen gestellt haben. Sie haben alles angeschaut und hinterfragt, was die Fraktionen oder sie gewollt haben. Komischerweise sei zum Konto 161 keine Frage eingegangen. Es sei lustig, wenn man sich beklage, dass man nicht wisse, um was es gehe, aber nicht einmal frage, was es denn eigentlich beinhalte. Er finde, dass bevor so massive Kürzungsanträge gemacht werden, welche wirklich einschneidend seien, sollte die Gelegenheit genutzt werden, dass sie von der GRPK auf die Abteilung eingehen und sich Zeit nehmen. Und sich auch die Abteilung Zeit nehme, vorbereite und die Gelegenheit nutzen könne und nicht einfach so einen Antrag gestellt werde.

Adrian Stucki, GP, bemerkt, dass er sich wiederhole, aber er wolle sich nie den Vorwurf machen, dass er dazu nichts gesagt habe. Kultur wisse man, komme vom Wort cultura. Was lateinisch heisse: Bearbeitung, Pflege, Ackerbau. Also einfach alles das, was der Mensch selber gestalte und nicht gegeben sei. Gegeben sei, heisse eben Einheitsbrei. Er glaube, dass man sich in diesem Einheitsbrei bewege, mit sämtlichen Diskussionen, die heute Abend geführt werden. Man wolle Leitbilder von anderen Gemeinden, die Steuern werden auch nie erhöht, man wolle sich möglichst den anderen Gemeinden angleichen, man wolle nicht mit Fantasie, eben mit Kultur, etwas schaffen, um die Qualität unserer Stadt zu verbessern, sondern mit einem möglichst tiefen Steuerfuss und wenig Attraktivität unsere Stadt gestalten. Das gehe von ihm her gesehen, einfach nicht gut.

Rita Hug, GP, bemerkt, dass wenn die bürgerliche Allianz diesen Betrag um Fr. 40'000.-- kürzen wolle, dann müssen sie einfach nicht sagen, dass ihnen das kulturelle Schaffen sowie die Freiwilligenarbeit da in Wädenswil etwas wert seien. Dann sollen sie doch ehrlich sein und sagen, dass sie einfach Steuern sparen wollen und sie wirklich kein Geld für diese Anliegen ausgeben möchten.

Christian Gross, SP, möchte sich noch korrigieren: Es sei zwar eine Frage in diese Richtung von Konto 161 gekommen, aber es sei offensichtlich kein Bezug darauf genommen worden. Es sei das Problem, dass man nicht alles vorbereiten könne, da man die Anträge immer in letzter Sekunde erhalte.

Abstimmung über den Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP mit Stimmenzähler:

Kontogruppe 160 (Kulturkredit), Konto-Nr. 3650.00 (Beiträge und Ankäufe)

«Die FDP, die SVP, das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil (BFPW) und die GLP stellen folgenden Kürzungsantrag: Es sei der budgetierte Aufwand von Fr. 80'000.-- im Konto 160.3650.00 (Kulturkredit, Beiträge und Ankäufe) um Fr. 40'000.--, d.h. auf neu Fr. 40'000.-- zu kürzen.»

Der Rat lehnt den Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen mit 17:14 Stimmen ab.

Kontogruppe 161 (Übrige Kulturförderung/übrige Beiträge), Konto-Nr. 3650.28 Genossenschaft Hoch-Etzel, Bäch, Beitrag energetische Gebäudesanierung 2015

«Die budgetierten Fr. 21'000.-- seien vollständig aus dem Voranschlag 2015 zu streichen.»

Charlotte Baer, SVP, erklärt, wieso sie diesen Antrag stellen: Es sei nicht einzusehen und entbehre jeder Logik, warum für eine so steuerkräftige Schwyzer Gemeinde wie Bäch ein à fonds perdu-Betrag von über Fr. 20'000.- zugunsten der Genossenschaft Hoch-Etzel gesprochen werden soll. Umso weniger, als umgekehrt eine seinerzeitige Anfrage der Stadt Wädenswil um Unterstützungsbeiträge für das Theater Ticino abschlägig beantwortet worden sei.

Stadtpräsident Philipp Kutter erklärt, dass er jetzt noch etwas ausführlicher werden müsse. Es sei so, dass Wädenswil mit dem Etzel eine lange Tradition verbinde. Vor über 50 Jahren haben Wädenswiler eine Genossenschaft gegründet, welche heute noch existiere, um das Restaurant auf dem Etzel zu retten. Es sei eine ähnliche Geschichte wie mit der Halbinsel Au. Man habe es Privaten geben wollen und dann haben sich Leute vor allem aus dem Umfeld der SAC-Clubs rund um den Zürichsee eingesetzt, um den schönen Aussichts-

punkt zu schützen. Man sei auch der Meinung gewesen, dass es ein Naherholungsgebiet für die Zürichsee Gemeinden sei.

Alle Gemeinden im Bezirk seien auch Genossenschafter, wie auch Wädenswil mit 80 Anteilscheinen. Seit Jahrzehnten werde von Wädenswil das Präsidium dieser Genossenschaft gestellt. Das Begehren sei gekommen, es bestehe eine lange Tradition zu dieser Institution, und es sei an die Bezirksgemeinden gerichtet worden. An der Gemeindepräsidentenkonferenz des Bezirks Horgen habe man empfohlen, dass alle Bezirksgemeinden die Sanierung mit einem Franken pro Einwohner unterstützen sollen, insbesondere die oberen Bezirksorte. Die unteren seien zu einem solidarischen Beitrag eingeladen worden. Richterswil, Horgen und Thalwil haben bereits je Fr. 20'000.-- beschlossen. Das mache bei Richterswil weit mehr als einen Franken pro Einwohner. Auch die andere Seeseite, Herrliberg und Küsnacht zum Beispiel, beteiligen sich mit je Fr. 20'000.--. Er bitte den Gemeinderat dies zu berücksichtigen, was das für ein Signal geben werde, wenn man "z'mitzt" drin sei und als Gründer dieser Institution nichts zahlen werde. Mit dieser engen Verbundenheit und mit der viel begangenen Nutzung durch Wädenswiler. Man treffe dort oben immer wieder Leute aus unserer Stadt.

Daher bitte er den Gemeinderat, wenn sie schon etwas kürzen wollen, dann doch nicht auf null. Er sei der Meinung, dass dies wirklich schäbig sei von uns Wädenswilern.

Simon Kägi, GP, stellt den Antrag den Betrag von Fr. 21'000.-- auf Fr. 15'000.-- zu kürzen.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid wendet sich an Stadtschreiber Heinz Kundert und möchte wissen, wie die Abstimmung durchgeführt werden müsse.

Stadtschreiber Heinz Kundert erklärt, dass bei der Abstimmung über den Betrag von Fr. 21'000.-- gegenüber dem Betrag von Fr. 15'000.-- abgestimmt werden müsse. Und dann müsse noch abgestimmt werden, ob die Kürzung mit dem gewünschten Betrag vorgenommen werden soll.

Abstimmung über die Beibehaltung von Fr. 21'000.-- im Budget für die energetische Gebäudesanierung

Der Rat stimmt mehrheitlich dagegen, den Betrag von Fr. 21'000.-- im Budget zu belassen.

Abstimmung über den Antrag von Simon Kägi den Betrag auf Fr. 15'000.-- zu kürzen

Der Rat stimmt mehrheitlich dagegen, den Betrag auf Fr. 15'000.-- zu kürzen.

Schlussabstimmung über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP mit Stimmenzähler

Die budgetierten Fr. 21'000.-- seien vollständig aus dem Voranschlag 2015 zu streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der bürgerlichen Fraktionen mit 18:14 Stimmen zu.

Finanzen (Seiten 18 bis 23) Globalbudget Finanzen: Immobilien Seiten 79/80

Mitglied der GRPK, Jonas Rickli, GLP, gibt bekannt, dass er zur Prüfung der Finanzen sehr wenig zu sagen habe, da das Meiste schon erwähnt worden sei. Beim Aufwand sei für sie wichtig, dass grosse Investitionen mit Fr. 31 Mio. geplant seien. Mit Fr. 16 Mio. sei das nächste Jahr der Ausbau des Schulhauses Rotweg geplant. Die anderen Sachen wolle er nicht mehr erwähnen.

Bei den Liegenschaften gehe es um den FLAG und da haben alle zusammen die Zahlen sicher durchgelesen. Es seien keine wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr vorhanden.

Planen und Bauen (Seiten 24 bis 28) Globalbudgets Planen und Bauen: Vermessung Seite 81; Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten Seiten 82/83; Abwasseranlagen Seiten 82/83; Öffentlicher Verkehr Seite 84; Grünanlagen Seiten 84/85; Friedhofbetrieb Seiten 85/86

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass er zusammen mit Rita Hug die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Bei dieser Gelegenheit möchten sie sich bei Heini Hauser und Titus Zoller für ihre Zeit und die kompetente Beantwortung ihrer Fragen bedanken.

Auch die Abteilung Planen und Bauen habe sich aktiv an den Sparrunden der Stadt beteiligt und so wesentlich zur Verbesserung des Voranschlags 2015 beigetragen. Die Laufende Rechnung habe um Fr. 363'000.-- verbessert werden können. Wesentlich zur Verbesserung des Resultats beigetragen haben die Mehreinnahmen von rund Fr. 100'000.-- bei den Baubewilligungen. Die Baubewilligungsgebühren werden um ca. 25 % erhöht. Diese Erhöhung sei nötig geworden, da die Gebühren seit 21 Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst worden seien.

Bei den Investitionen seien 7 Positionen auf das Jahr 2016 verschoben und 5 Positionen seien gekürzt worden. Somit werden im 2015 Fr. 1.6 Mio. weniger investiert als geplant. Für das Jahr 2015 budgetiere die Abteilung Planen und Bauen einen Nettoaufwand von Fr. 6.6 Mio. Der Aufwand und der Ertrag bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre.

Bei den Aufwänden möchte er die IT-Kosten, die Verbrennung des Klärschlammes und den Unterhalt der Grünanlagen erwähnen. Der Grund für die höheren IT-Kosten sei die Anschaffung eines Big-Touch Displays. So können Pläne und Daten besser dargestellt werden und auf das Drucken von Plänen könne vermehrt verzichtet werden.

Bei der Kläranlage werden ab Mitte 2015 die Aufwände zunehmen, da der Klärschlamm nicht mehr der Kehrichtverbrennung Horgen angeliefert werden könne, sondern neu der Monoverbrennung im Werdhölzli zugeführt werden müsse. Das heisse, dass mehr Kosten auf Wädenswil zukommen.

Für den wachsenden Unterhalt und die Pflege der Grünanlagen, insbesondere des Seeuferwegs und des Seegüetlis sei vom Stadtrat eine zusätzliche Stelle bewilligt worden. Die wichtigsten öffentlichen Planungs- und Bauvorhaben im 2015 seien der Gestaltungsplan und die Arealentwicklung des Rütihofs für die Werkstadt Zürisee und der Gestaltungsplan des Gerbeplatzes.

Bei den Indikatoren möchte er das Strassenwesen und die Abwasseranlagen erwähnen: Die Kürzung des Unterhalts beim Strassenwesen um ca. 25 % habe zur Folge, dass der Indikator unter 1 % zu liegen kommen werde und die Vorgabe von 1.0 % bis 1.5 % somit nicht erreicht werden könne. Das Aufschieben von nötigen Unterhaltsarbeiten, zum Beispiel nach strengen Wintern, könne zu Folgeschäden führen und entsprechend hohen Unterhaltskosten in den Folgejahren.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird das Traktandum Einbürgerungen vorgezogen.

BAVC Peter Theodor Heinrich, geb. 31. Oktober 1946 in Menstede (Deutschland), verheiratet, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Pfannenstilstrasse 33

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Jürg Wuhrmann

BROMBACH Hartmut Siegfried, geb. 8. Dezember 1955 in Hilchenbach (Deutschland), geschieden, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Rosenbergstrasse 1

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Thomas Rom

BRUNNHUBER Ralph Rainer, geb. 8. Mai 1956 in Neuwied (Deutschland), geschieden, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Tiefenhofstrasse 2a

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Thomas Rom

MILJIC Biljana, geb. 5. Januar 1984 in Vlatkovivi (Bosnien und Herzegowina), ledig, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Oberdorfstrasse 41

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Thomas Rom

ÖHLIN Hanna Katarina, geb. 8. Januar 1959 in Gustavsberg (Schweden), ledig, schwedische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Etzelstrasse 18b

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Ivo Peyer

RODRIGUEZ MARQUEZ Miguel Angel, geb. 28. Dezember 1967 in Puebla (Mexiko), mexikanischer Staatsangehöriger, mit seiner Ehefrau **Amaya LAZCANO ECHANIZ**, geb. 28. März 1971 in Orio (Spanien) und den Kindern **Xabier RODRIGUEZ LAZCANO**, geb. 16. Februar 2002 in Schlieren ZH und **Aurora Maya RODRIGUEZ LAZCANO**, geb. 7. November 2006 in Wädenswil ZH, alle drei spanische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, General-Werdmüller-Strasse 36

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500.--
Ivo Peyer

SMETANITCH Elizabeth Esther, geb. 28. Oktober 2000 in Warschau (Polen), ledig, wohnhaft in Wädenswil, Büelenebnetstrasse 30, israelische und russische Staatsangehörige

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 750.--
Ernst Grand

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid fügt hinzu, dass allen soeben das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt worden sei, vorbehältlich der Genehmigung durch den Bund und den Kanton. Er bitte sie, dass sie von den Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen.

Er erklärt, dass es bald 21.00 Uhr sei. Er schlage vor eine Doppelsitzung abzuhalten, damit das Budget weiterbehandelt werden könne.

Abstimmung über den Antrag von Hansjörg Schmid eine Doppelsitzung zu führen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

10 Minuten Pause

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid hat noch eine Mitteilung an die Mitglieder der Sachkommission. Diese sollen sich nach der Sitzung bei Charlotte Baer melden.

Werke (Seite 29) Globalbudgets Werke: Gasversorgung Seiten 86/87; Wasserversorgung Seiten 88/89; Entsorgung und Recycling Seiten 89/90; Energiedienste Seiten 91 bis 93

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, möchte nur auf diejenigen Teile eingehen, welche im steuerfinanzierten Bereich relevant seien. Einerseits die Erhöhung der Konzession an die Politische Gemeinde von Fr. 300'000.-- auf Fr. 400'000.--. Das bedeute, dass Gaskunden die Finanzlage der Stadt über ihre Gebühren finanzieren. Die GRPK sei der Meinung, dass der Sinn von Gebühren eigentlich sei, verursachte Kosten zu decken und nicht um die Finanzen zu sanieren. Diese Erhöhung laufe somit dem zuwider, es werde aber dennoch kein Antrag gestellt.

Etwas zu reden habe auch die Erhöhung der Spezialfinanzierungskonti gegeben. Diese werden von der Stadt verzinst und betreffen so indirekt steuerfinanzierte Bereiche. Dort seien sie noch nicht wirklich zu einem Schluss gelangt und werden sich mit den Werken wieder treffen.

Sicherheit (Seiten 30 bis 33) Globalbudget Sicherheit: Polizei Seiten 94/95

Mitglied GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, hat keine Ergänzungen zu machen.

Charlotte Baer, SVP, möchte zur Besoldungsstruktur der Stadtpolizei noch eine ergänzende Information abgeben. Die GRPK erwähne in ihrem Bericht auf Seite 8, dass die erhobene Lohnvergleichsstudie in 15 Gemeinden im Kanton aufzeige, dass Wädenswil im Durchschnitt liege.

Als Urheberin des SVP-Postulats, welches vor 1½ Jahren die Diskussion um die Polizistenlöhne zum wiederholten Mal ins Rollen gebracht habe, habe sie in sehr verdankenswerter Weise bei Herrn Andreas Ledermann vertrauliche Einsicht in diese Studienergebnisse nehmen dürfen. In Absprache mit ihm dürfe sie zusätzlich ausführen, dass die Löhne jetzt wieder konkurrenzfähig seien und die Stadtpolizei jetzt auch salärmässig wieder eine attraktive Arbeitgeberin sei. Dass Verbesserungen im nicht-monetären Bereich gemacht worden seien und das Team hervorragend geführt werde, sei bekannt. Bei einigen – nicht bei allen – Korpsangehörigen habe es jetzt noch Lohnkorrekturen gegeben: In zwei «Ausreisser»-Fällen im oberen vier- bzw. unteren fünfstelligen Bereich pro Jahr und bei ein paar weiteren Polizisten seien es nur – aber immerhin – kleinere Anhebungen.

Wer in welcher Funktion und mit welchem Grad davon betroffen sei, entziehe sich natürlich auch ihrer Kenntnis. Aber man sehe, dass Handlungsbedarf bestanden habe und jetzt entsprechend Massnahmen ergriffen worden seien und dieses Geschäft als abgeschlossen betrachtet werden könne.

Schule und Jugend (Seiten 34 bis 40) Globalbudget Schule und Jugend: Freizeitanlage Seiten 95/96

Mitglied der GRPK, Rita Hug, GP, erklärt, dass sie am 29. Oktober zusammen mit Christian Gross die Abteilung Schule und Jugend besucht habe. Sie bedanke sich herzlich bei Stadtrat Johannes Zollinger, bei Herrn Weil, Herrn Wetzstein und Frau Soland für die Beantwortung ihrer vielen Fragen.

Man kenne sicher noch das Spiel: „ich packe einen Rucksack mit.., zum Beispiel mit einem Brot, einem Brot und einem Apfel, einem Brot, einem Apfel und einer Schoggi.“ usw. Nicht um ein eigentliches Spiel aber um einen gut gepackten Rucksack an Wissen und Bildung gehe es bei den Schülerinnen und Schülern. Sie bekommen in der Primarschule das, was sie später in der Oberstufe, in der Lehre oder am Gymi dringend benötigen.

Die Schule stehe unter einem enormen Leistungsdruck von Seiten der Eltern, der Wirtschaft aber auch der Kinder selber. Es werde erwartet, dass schwache Kinder mitgetragen werden und dass es den stärkeren Kindern nicht langweilig werde. Damit die Schule diesen hohen Anforderungen genügen könne, brauche sie die Unterstützung von uns Politikern.

Analog zu der grossen Bautätigkeit bei uns steigen auch die Schülerzahlen in der Au und in Wädenswil. Das heisse, dass man entsprechend Schulraum zur Verfügung stellen müsse. Das seien Aufgaben denen man sich jetzt stellen müsse, da führe nichts daran vorbei. Wädenswil und die Au stellen immer mehr Wohnungen zur Verfügung und möchten das Gewerbe noch stärker machen. Da müssen die Schulen mithalten können und das koste etwas. Wer meine, Bildung dürfe nichts kosten, sei sich nicht bewusst, wie viel uns ungebildete Jugendliche kosten.

Wie man in der ZSZ vom 24. November habe lesen können, seien Schweizer Schüler nur Mittelmass wenn es um Informatik- und Computerkenntnisse gehe. Umso erfreulicher sei es, dass die Primarschule Wädenswil dem entgegenwirke und mit Versuchsklassen Tablets eingeführt habe. Dazu brauche es entsprechend eingerichtete Klassenzimmer. Die sogenannten Musterzimmer die im Voranschlag mit Fr. 150'000.-- ausgewiesen seien, brauche es aber nicht nur für den Tablet Versuch, sondern das sei eine zeitgemässe Aufwertung um auch Beamer und Computer anzuschliessen. Wenn man dieses Geld streiche, werfe man engagierten Lehrerinnen und Lehrern einen Knüppel zwischen die Beine und behindere sie im zeitgemässen Unterrichten. Es könne ja nicht sein, dass man für den Gemeinderatssaal, den man einmal im Monat benutze, einen Beamer anfordere, aber technische Neuerungen für Schulklassen die täglich gebraucht werden streichen wolle.

Sie bitte den Gemeinderat daher dringend, diese Streichung der Musterzimmer abzulehnen. Bevor man so eine folgeschwere Entscheidung treffe, solle man doch einmal in ein Schulzimmer gehen und schauen, wie heute Schule gemacht werde. Man werde begeistert sein. Das sei ein weiteres Stück Wissen das man unseren Kindern in den Rucksack packe.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger wird zu den einzelnen Anträgen später noch mehr sagen. Er wendet sich an Pierre Rappazzo: Wenn er wissen wolle, wie die Schülerclubs funktionieren, dann lade er ihn zu einem Kaffee ein und erkläre ihm das Ganze. Wenn noch weitere Gemeinderatsmitglieder Interesse haben, dann würde er in Gruppen unterrichten, was billiger käme.

Kontogruppe 710 (Freizeitanlage Untermosen)

«Das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil (BFPW), die SVP, die FDP und die GLP beantragen, den Globalkredit von Fr. 763'600.-- auf neu Fr. 660'000.-- zu reduzieren.»

Ivo Peyer, BFPW, führt aus, dass die Freizeitanlage (FZA) dem Gemeinderat im April 2011 so schmackhaft gemacht worden sei, dass die Kosten Fr. 600'000.- nicht übersteigen. Aus diesem Grund sei die Freizeitanlage in die Stadt integriert worden.

In diesem Budget werde nun ein Globalkredit von Fr. 763'600.- beantragt. Ihnen sei bewusst, dass in diesem Betrag neu auch die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule integriert sei, welche jährlich Fr. 60'000.- koste. Aus diesem Grund haben sie diesen Betrag zu den Fr. 600'000.-, welche die Freizeitanlage kosten werde, dazugezählt. Betrachte man nur die Freizeitanlage, sei dies eine Steigerung von 16 % innerhalb von 4 Jahren. Das können und wollen die Fraktionen BFPW/SVP, FDP und GLP nicht akzeptieren. Aus diesem Grund beantragen sie, den Globalkredit von Fr. 763'000.- auf Fr. 660'000.- zu kürzen.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, stellt fest, dass solche Anträge nicht neu seien und immer wieder etwas zur Freizeitanlage komme. Ihn erstaune es aber, dass man im Jahr 2015 solch eine massive Kürzung beantrage. Der Voranschlag 2014 sei noch mit Fr. 751'300.- genehmigt worden und jetzt habe man plötzlich das Gefühl, dass man von den Fr. 763'600.- rund Fr. 100'000.- kürzen müsse.

Was vergessen gegangen sei, dass nebst der Hauswirtschaftlichen Fortbildung, welche vorher in der Schule gewesen sei und jetzt bei den Kosten der Freizeitanlage anfalle, neu auch noch die Verrechnung des Anteils der Mietkosten von Fr. 34'600.-, Querschnittkosten von Fr. 3'100.-, Versicherungsprämien von rund Fr. 5'000.- und Fr. 6'000.- für Vorsteuerabzüge von der Stadtverwaltung auf die Freizeitanlage umgelegt werden. Dies sei natürlich zum Zeitpunkt der Übernahme durch die Stadt nicht der Freizeitanlage belastet worden. Diese Punkte müssen auch berücksichtigt werden.

Wenn er den Voranschlag 2015 betrachte, rechne er mit Fr. 763'000.-, das seien Fr. 11'700.- mehr: Fr. 11'600.- benötige die Freizeitanlage für ein Dienstaltersgeschenk, welches ausbezahlt werden müsse und Fr. 25'000.- seien im Budget für Büromöbel, welche seit 35 Jahren bestehen und ersetzt werden müssen. Man solle einmal vorbeischaun, unter welchen Bedingungen die Leute im Büro der Freizeitanlage arbeiten, dann hätte man Verständnis, dass man für Fr. 25'000.- die Büroeinrichtung optimieren wolle.

Wenn das alles berücksichtigt werde, woher der Betrag im Budget 2015 komme, sei es also nicht ganz nachvollziehbar warum so radikal gekürzt werden wolle. Für dies habe er wenig Verständnis und wenn jetzt der Eindruck entstehe, dass er nicht so weihnachtlich gestimmt sei, dann stimme das.

Beat Wiederkehr, CVP, erklärt, dass er durchaus gewisses Verständnis für das Anliegen von Ivo Peyer habe. Man müsse aber sehen, dass man bei der Freizeitanlage von einer Abteilung mit Leistungsauftrag mit Globalbudget spreche. Die Fragestellung müsse sein:

Welche Ziele, welche Indikatoren und welche Standards sollen geändert werden, um die beabsichtigte Einsparung von 100'000 Franken zu erreichen? Er bitte Ivo Peyer, seinen Antrag entsprechend zu konkretisieren.

Christian Gross, SP, stört es, dass bei jedem Budget und jeder Rechnung im Gemeinderat mit dieser Weisung argumentiert werde. Man müsse ehrlich sein, dass diese damals einfach nicht ganz ausgearbeitet worden sei, weil man die internen Verrechnungen bei den Kosten von Fr. 600'000.-- vergessen habe. Irgendwie Sorge dies immer wieder für Verirrungen, dass es jetzt doch zu mehr Kosten komme als diese Fr. 600'000.--, weil eben die Stadt noch Rechnungen an die Freizeitanlage schreibe. Es sei also nicht so, dass diese plötzlich mehr koste, sondern es werden Rechnungen für Arbeiten geschrieben, die vorher gratis gewesen seien. Er finde es komisch, dass diese Diskussion jedes Jahr von Neuem beginne.

Rita Hug, GP, bemerkt, dass die Freizeitanlage seit dem 1. Januar 2012 in die Stadtverwaltung integriert sei. Man habe im Rat über diese Weisung abgestimmt. Und es sei grossmehrheitlich gutgeheissen worden, dass die Freizeitanlage mit einem Leistungsauftrag und Globalkredit geführt werde. Genau dies sei jetzt der Fall. Man habe eine Freizeitanlage zu betreiben mit der Hauswirtschaftlichen Fortbildung zusätzlich aufgedruckt, welche jährlich Fr. 50'000.-- koste, und sich auch entsprechend im Budget abbilde. Das Betreiben dieser Hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule fordere auch einen grösseren Personalaufwand und habe nichts mit dem eigentlichen Betrieb der Freizeitanlage zu tun. Zudem habe die Stadt verlangt, dass die Freizeitanlage ihren Corporate Identity der Stadt anpasse, was auch einen Haufen Geld koste. Diese Weisung sei noch keine 3 Jahre alt. Sie haben in der Sachkommission sehr viel Zeit und Energie aufgebracht um diese Weisung zu verabschieden. Sie haben damals der Freizeitanlage versprochen, dass sie weitermachen können. Sie appelliere daher jetzt an die Fairness und an das demokratische Verständnis im Rat, hier keine Budgetstreichung vorzunehmen. Es mache einfach keinen Sinn, wenn solch eine grosse Anlage die halbe Zeit geschlossen sei.

Hans-Peter Andreoli, BFPW, wolle jetzt keine Kraftausdrücke verwenden, wie seine Vorredner Christian Gross oder Philipp Kutter, als man vorher Senkungen beantragt habe. Aber sein demokratisches Verständnis gehe bei ihm soweit, dass es damals in der Sachkommission ein grosser Diskussionspunkt gewesen sei, was uns die Übernahme koste, wenn ein Verein dies an die Stadt übergeben wolle. Vor der Sachkommission sei vor zwei Jahren hoch und heilig versprochen worden, dass die jährlichen Kosten bei der Übernahme der Freizeitanlage in die Stadt Wädenswil Fr. 600'000.-- betrage und nicht mehr und dies dann auch so bleibe. Und wenn jetzt Kosten kommen, um Mobilien zu ersetzen oder Zinsen, dann könne ihnen das gesagt werden und unter Umständen wäre dies ein Argument gewesen, um die Weisung damals zur Ablehnung vorzuschlagen. Darum finde er es jetzt auch nicht richtig, dass man Stühle ersetzen wolle, welche 25 Jahre alt seien. Das hätte man doch damals schon sagen können.

Demokratie sei, dass wenn etwas abgemacht werde, man sich auch daran halte. Es werde von Kosten von Fr. 600'000.-- gesprochen – und nicht mehr – und man verspreche das, weil

man das Geschäft durchbringen wolle. Drei Jahre später sitze man hier und spreche von etwas, was viel mehr kosten werde. Es sei richtig, dass man vor einem Jahr schon darüber diskutiert habe, aber damals haben sie sich erweichen lassen. Dieses Jahr haben sie sich gesagt, dass es nicht gehe und darum sei der Antrag, dass sie das Budget auf Fr. 660'000.-- kürzen wollen.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger versteht den Ärger von Hans-Peter Andreoli. Aber jetzt müsse man einfach nochmals probieren nachzuvollziehen, was damals passiert sei. Man habe die Freizeitanlage mit denjenigen Bedingungen übernommen, welche damals geherrscht haben. Damals habe niemand von Querschnittkosten gesprochen, keine internen Umbuchungen gemacht und die Hauswirtschaftliche Fortbildung sei kein Thema für die Freizeitanlage gewesen. Diese sei bei der Schule gewesen und noch vom Kanton subventioniert worden. All diese Sachen seien damals nicht bekannt gewesen. Und daher habe man sagen können, dass die Freizeitanlage die Stadt bei einer Übernahme gleich viel kosten werde, wie die Beiträge der Stadt, welche sie vorher daran bezahlt habe und die Kosten des Betriebs, welcher sich selbst finanziert habe.

Wenn man jetzt der Freizeitanlage zusätzliche Aufgaben übergeben habe und die Stadt die Querschnittkosten künftig auch verrechnen wolle, dann sehe die Rechnung einfach anders aus. Nebenbei bemerkt, dass bei den Querschnittkosten kein Geld fliesse, denn bei den einen stehen sie im Aufwand und bei den anderen im Ertrag. Aber wegen dem sei die Weisung damals nicht falsch gewesen, es seien einfach andere Voraussetzungen vorhanden gewesen. Innerhalb der letzten drei oder vier Jahre habe sich die Welt etwas entwickelt und verändert, so auch leider die Welt der Freizeitanlage, weil gewisse Aufgaben übergeben und gewisse Buchungen vorgenommen worden seien. Bei der Erstellung der Weisung habe niemand daran gedacht, das wisse er schon. Aber man habe unter den gleichen Voraussetzungen die Freizeitanlage in die Stadt übernommen, wie sie vorher funktioniert habe, als der Verein Betriebsrechnung gemacht habe. Übrigens müsse man heute etwas für die Buchhaltung bezahlen, damals habe das der Verein gratis gemacht. Sie bezahlen etwas der Stadt und somit komme es von einem Kässeli ins andere. Man dürfe das nicht mit dem Zustand von damals vergleichen.

Hans-Peter Andreoli, BFPW, bemerkt, dass man also damals die Katze im Sack gekauft habe.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger widerspricht, dass sich die Erkenntnisse gewandelt haben. Man habe neue Formen von verwaltungstechnischen Abläufen entwickelt und mache es jetzt halt so, wie es sein müsse.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, gibt den Hinweis, dass es auch Occasionsmärkte für Büromöbel gebe, welche bestens in Stand seien.

Beat Wiederkehr, CVP, betont nochmals, dass man gerne über die Pauschalkürzung abstimmen könne, was seiner Meinung nach aber nicht zulässig sei, weil man sich hier in einer Abteilung mit Leistungsauftrag mit Globalbudget befinde. Man sollte hier auch nicht darüber diskutieren, ob und wenn ja welche Möbel anzuschaffen seien, denn man befinde sich in einem FLAG-Bereich. Wenn diese Kürzung gutgeheissen werden soll, müsste man jetzt hingehen und die einzelnen Ziele, Indikatoren und Standards korrigieren, also Kürzungen beschliessen beispielsweise in Bezug auf die Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Diese Forderung sei im Antrag nicht formuliert worden.

Abstimmung über den Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP

Kontogruppe 710 (Freizeitanlage Untermosen)

«Das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil (BFPW), die SVP, die FDP und die GLP beantragen, den Globalkredit von Fr. 763'600.-- auf neu Fr. 660'000.-- zu reduzieren.»

Der Rat stimmt dem Kürzungsantrag der bürgerlichen Fraktionen mehrheitlich zu.

Simon Kägi, GP, wendet sich an Johannes Zollinger und möchte wissen, wo sich diese Querschnittskosten, welche der Freizeitanlage neu verrechnet werden, beim Posten 700 genau abzeichnen.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, erklärt, dass er das auf die Schnelle nicht beantworten könne und der Finanzchef erklären müsste, wie das funktioniere. Aber wenn Querschnittskosten der Freizeitanlage belastet werden, werden die an einem anderen Posten als Ertrag eingehen. Mit anderen Worten: Die Freizeitanlage müsse buchhalterisch jedes Jahr ungefähr Fr. 50'000.-- an ein anderes Konto abliefern. Bei der Weisung für die Übernahme habe niemand davon gesprochen.

Simon Kägi, GP, bemerkt, dass die Freizeitanlage jetzt also die Querschnittskosten von Fr. 50'000.-- der Stadt nicht bezahlen könne. Das heisse, dass die Abteilung Präsidiales beim Ertrag ihre Querschnittskosten um Fr. 100'000.-- senken müsste.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid bemerkt, dass noch eine Frage aufgetaucht sei und fragt Beat Wiederkehr, ob er einen Antrag gestellt habe.

Beat Wiederkehr, CVP, antwortet, dass er keinen Antrag gestellt habe. Man habe über etwas abgestimmt, worüber man seiner Meinung nach nicht abstimmen könne.

Adrian Stucki, GP, möchte von Stadtschreiber Heinz Kundert wissen, was er zu dieser Sache meine. Er möchte gerne wissen, ob dieser Antrag ungültig sei, wie von Beat Wiederkehr gehört. Denn man könne ja nicht einfach über etwas abstimmen, von dem man nicht wisse, ob es gültig oder ungültig sei.

Stadtschreiber Heinz Kundert bemerkt, dass er diesen Antrag nicht als ungültig bezeichnen würde. Aber als sehr unlogisch. Dieser Antrag widerspreche komplett der Philosophie des FLAGS. Das FLAG steuere sich ja über Ziele, Indikatoren und Standards und man müsste schon begleitend sagen, wo man das Gefühl habe, dass man abbauen könnte. Wenn man einfach kürze, dann sei die Freizeitanlage herausgefordert diese Kürzung irgendwo vorzunehmen. So könne sie kreuz und quer machen was sie wolle, denn sie sei ja nicht mehr verpflichtet Ziele, Indikatoren und Standards einzuhalten. Was jetzt beschlossen worden sei, sei etwas ratlos. Arrangez-vous, anders könne man das jetzt nicht verstehen.

Soziales (Seiten 41 bis 47) Globalbudgets Soziales: Soziale Dienste Seiten 97/98; Asylwesen Seiten 99/100; Frohmatt Seiten 100 bis 103

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass er zusammen mit Beatrice Gmür die Abteilung Soziales und die Frohmattbetriebe besucht habe. Für die vorgängig beantworteten Fragen und das offene Gespräch während den Besuchen möchten sie sich bei der Stadträtin Astrid Furrer, den beiden Abteilungsleitern Markus Morger und Cristian Rentsch, sowie allen involvierten Mitarbeitern bedanken.

Details aus dem Sozialen entnehme man bitte aus dem Bericht und Antrag Seite 10.

Zur Frohmatt möchte er noch etwas sagen: Die baulichen Tätigkeiten in allen drei Häusern seien abgeschlossen, die Betriebe laufen wie geplant. Oder ab heute gehöre die Frohmatt wieder den Bewohnenden und Mitarbeitenden. Diese frohe Botschaft habe man kürzlich den Ausgaben Frohmatt Special und Frohmatt Aktuell entnehmen können.

Wer jetzt meine, die Frohmatt sei gebaut, die Hardware erstellt und zurück zum Geschäft wie davor, der irre. Das habe er selber feststellen müssen. Die Belastung des Umbaus falle zwar für alle Beteiligten weg. Jetzt gelte es, das neue Betriebskonzept, welches auf die heutige Situation und auf den pflegerischen Markt ausgerichtet sei, zu leben. Heute gelte: von ambulant bis stationär, beim Eintritt älter und kränker. Geplante Abläufe und Prozesse gelte es in der Praxis zu testen, zu hinterfragen und durch ständige Verbesserungen zu optimieren.

Die Grundsätze „Sparsamkeit“, „Wirtschaftlichkeit“, „Gleichbehandlung“, seien bei der Frohmatt nicht haarscharf abzugrenzen oder in Wunschbedarf oder Notwendigkeit zu trennen. Es gehe um alte Menschen, um Mitarbeitende, um ein sich Wohlfühlen, welches allenfalls gefragt aber nicht messbar sei. Den Fragen und Antworten beim Abteilungsbesuch habe ein zusätzliches Interview mit Stadträtin Astrid Furrer gefolgt. Sie habe sie überzeugen können, dass die Budgetierung extrem schwierig gewesen sei und „die Zitrone ausgepresst sei“! Weitere Budgetkürzungen würden nicht verstanden oder könnten möglicherweise gar nicht

eingehalten werden. Die GRPK stehe hinter motivierten Mitarbeitenden und zufriedenen, alten Menschen. Beim betrieblichen Teil habe man deshalb gänzlich auf Kürzungen verzichtet.

Zum Voranschlag 2015, zur erfolgreichen Umsetzung und zur Einhaltung der beschriebenen Zahlen und Ziele, möchten sie allen Beteiligten ihre Anerkennung aussprechen. Sie bedenken sich, dass sie alles unternehmen, damit sie per Ende 2017 eine kostendeckende Betriebsführung erreichen.

Antrag der GRPK zur Frohmatt: Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 30'000.-- auf Fr. 1'922'660.--

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, schlägt vor, diesen Antrag bei der Investitionsrechnung zu behandeln.

Antrag der GRPK zur Frohmatt: FLAG-Zielen
85, Alterszentrum Frohmatt

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Wirtschaftliche Betriebsführung Die Pensions- und Pflegekosten sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.
neu	Wirtschaftliche Betriebsführung	Bis Ende 2017 wird eine kostendeckende Betriebsführung erreicht (Nettoaufwand = kalkulatorische Kosten)
neu	Die Pensions- und Pflegekosten sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.

Stadträtin Astrid Furrer schlägt vor, auch diesen Antrag bei der Investitionsrechnung zu behandeln.

Gesundheit (Seiten 48 bis 51) Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen Seiten 104/105

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, hat keine Ergänzungen zu machen.

Ernst Grand, FDP, möchte auf das Konto 3650 Spitex, Beiträge mit Leistungsvereinbarung eingehen. Er stelle fest, dass es sich beim budgetieren Betrag von Fr. 800'000.-- im Konto „Spitex“, um eine Reduktion von Fr. 95'000.--, im Vergleich zum Budget des SpitexVereins Wädenswil von Fr. 895'000.--, handle. Damit sei das Budget, welches der SpitexVerein sorgfältig ausgearbeitet habe, um mehr als 10 % reduziert worden. Es sei zu bemerken, dass diese Kürzung nicht nachhaltig sei. Der SpitexVerein sei bereit, diesen generellen Budgethaarschnitt zu unterstützen. Er wolle aber nochmals betonen, dass dies nicht nachhaltig sei. Sie können dies das nächste Jahr aus ihren eigenen Substanzen herauschwit-

zen. Wenn das weiterhin so gehen werde, müssten allenfalls auch Leistungen reduziert werden. Denn nur so könne das Budget heruntergefahren werden.

Das Budget sei grösstenteils an gesetzliche Vorgaben gebunden. Was da von ihnen geleistet werde, müsse die Stadt Wädenswil von Gesetzes wegen leisten. Das heisse, wenn Leistungen reduziert werden müssten, könnte es durchaus sein, dass die Stadt Wädenswil an gewissen Orten nicht mehr dem Gesetz entspreche oder es eine Erhöhung von anderen Budgetpositionen nach sich ziehen würde. Sei dies wenn Leute nicht mehr zu Hause gepflegt werden können, so früher bei der Seelsorge landen, früher das Sozialamt benötigen oder früher ins Heim eintreten müssten. Das alles wäre wesentlich teurer, als wenn sie zu Hause mit der Spitex gepflegt werden könnten.

Es sei also auch ein Trugschluss, dass wenn man auf die vergangenen Budgets schaue, das Budget überproportional wachse. Die Veränderung des Budgets habe mit einer Systemumstellung zu tun. Wie alle wissen, habe man die Gesundheitskosten umgestellt. Der Kanton beteilige sich nicht mehr daran und dafür müssen die Gemeinden die Spitalkosten übernehmen. Das habe mit dieser Verlagerung der Kosten zu tun und nicht, dass man das Gefühl habe, die Spitex habe plötzlich eine überproportionale Steigerung der Kosten.

Er möchte auch davor warnen, dass man die privaten Spitexen zu Ungunsten der gemeinnützigen Spitex versuche zu pushen. Auch das werde nicht funktionieren, weil die privaten Spitexen die gesetzlich vorgegebenen Leistungen in der Regel nicht anbieten, sondern weitergehend von den gemeinnützigen Spitexen abgedeckt werden müssen. Somit werde das definierte Budgetloch stehen bleiben.

Adrian Stucki, GP, wendet sich an Christina Zurfluh Fraefel und möchte wissen, ob diese Frage in der GRPK diskutiert worden sei.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, gibt bekannt, dass es nicht im Detail diskutiert worden sei.

Adrian Stucki, GP, sei sich sicher, dass die GRPK, und er sei auch einmal dabei gewesen, wunderbare und saubere Arbeit leiste. Damals in der GRPK haben sie immer folgendes Prozedere gehabt: Das Budget werde als Mitglied des Gemeinderats angeschaut, seinem Fraktionsmitglied können Fragen gestellt werden und diese Fragen werden dann in der GRPK diskutiert. Darum wundere er sich, dass solche Anregungen kommen, was nur ein kleines Beispiel sei, und hier diskutiert werden. Aber dass man hier im Rat plötzlich über 4 oder 5 Anträge diskutieren müsse, über die man in der GRPK eigentlich hätte diskutieren können, verstehe er nicht. Er spreche von der Freizeitanlage, vom Kulturbudget, von den ganzen Anträgen, welche heute Abend den Gemeinderäten einfach an den Kopf geschossen werden und über die er ohne irgendwelche Basis dahinter abstimmen müsse. Da müsse er auch Beat Wiederkehr völlig Recht geben. Jetzt diskutiere man hier von einem hohen Ross herunter über ein Budget der Freizeitanlage. Er verstehe Hans-Peter Andreoli und gebe ihm auch Recht. Aber er könne nicht verstehen, dass man die Arbeit der Leute, die das Budget zusammenstellen und Herzblut hinter das Ganze setzen, hier schnell mit einer

Hand rauf oder runter beurteile und etwas kürze, ohne dass man konstruktive Vorschläge bringe. Genau für all das sei die GRPK da, in der man darüber diskutiere, gute Anträge bringe, welche fundiert und die Gemeinderäte nachher auch darüber orientiert seien.

Beat Wiederkehr, CVP, habe sich mündlich nicht über die Arbeit der GRPK im Bereich Gesundheit äussern wollen, weil im vorliegenden Bericht, welcher man sicher gelesen habe, etwas dazustehe, was Ernst Grand kommentiert habe. Es sei so, dass im zweitletzten Satz des Berichts stehe, dass die Stadt einen Aufwand von Fr. 0.8 Mio. und der Spitexverein einen Ertrag von Fr. 0.9 Mio. budgetiert habe. Dies seien Schätzgrössen. Die städtischen Leistungsentgelte zugunsten der Spitex basieren auf Leistungsvereinbarungen und gesetzlichen Vorschriften. Die Spitex habe ihre Einnahmen höher eingeschätzt als die Stadt ihre entsprechenden Ausgaben. Die Differenz betrage wie im Bericht erwähnt 0.1 Mio. Franken. Letztlich handle es sich um eine Frage der richtigen Abschätzung der künftigen Leistungsabgelte. Es könne nicht abschliessend beantwortet werden, welche Stelle – Spitex oder Stadt – nun richtig budgetiert habe.

Simon Kägi, GP, bedankt sich bei Ernst Grand für sein Votum. Er benötige Wörter wie nicht nachhaltig. Bei der Freizeitanlage sei es genauso nicht nachhaltig und auch dort gehe es um Fr. 100'000.--. Weiter habe er von einer Systemumstellung gesprochen und man habe vorher nicht gewusst, was auf einen zukomme. Auch bei der Freizeitanlage sei es eine Systemumstellung und man habe es nicht gewusst. All diese Budgetkürzungen, welche die bürgerliche Allianz heute durchgeboxt habe, schmerzen ihn persönlich im Alltag. Weil er mit all diesen Institutionen irgendwie zu tun habe. Er habe das Budget angeschaut und sich gefragt, welcher Budgetposten gestrichen werden müsste, damit es der bürgerlichen Allianz wehtun würde. Es sei tragisch, denn er habe gemerkt, dass es wahrscheinlich keiner sei. Jeder Posten könnte gestrichen werden, weil wahrscheinlich jeder von ihnen über ein gutes soziales Netz verfüge, welches einen auffange. Vielleicht haben sie keine Kinder mehr oder sie seien noch nicht so alt, dass sie in die Schule gehen, also könne auch bei der Schule gestrichen werden. Das nerve ihn. Er frage sich, ob man die Bussen erhöhen müsste und sie das schmerzen würde. Oder ob mehr Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden müssten, für diejenigen, welche da im Rat einen Ferrari, Porsche oder Mercedes haben, was eindeutig mehr sei, als auf ihrer Seite.

Da werde irgendwo Geld gestrichen. Und da merke er, dass Ernst Grand Fr. 110'000.-- mehr Budget habe und diese vehement verteidige. Er sei fast gewillt, diesen Betrag zu streichen, vielleicht würde ihm dann das wehtun. Denn die anderen Fr. 100'000.-- tun ihm auch weh. Es nerve ihn, dass heute Abend auf die Kosten der Allgemeinheit gespart werde. Und die bürgerliche Allianz könne da Fr. 100'000.-- ohne guten Grund durchwinken.

Antrag der GRPK zu Bädern: Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 10'000.-- auf Fr. 1'413'015.--

Mitglied der GRPK Beat Wiederkehr, CVP, möchte diesen Antrag bei der Investitionsrechnung behandeln.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erklärt, dass es jetzt 21.50 Uhr sei und gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats sollen nach der Doppelsitzung die Verhandlungen nach einer Pause, welche eingehalten worden sei, bis höchstens 1 Stunde fortgesetzt werden. Er wolle gerne heute Abend das Budget noch abschliessen.

Investitionsrechnung (Seiten 52 bis 76) und ordentliche Abschreibungen (Seite 77)

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, führt aus, dass wie im Bericht dargelegt, rede man von drei Ausgabenkategorien. Es gebe Projekte, die vom Gemeinderat vor Kreditfreigabe behandelt werden müssen und es gebe Investitionen, die früher bereits beschlossen worden seien und jetzt erst ausgabewirksam werden. Die GRPK habe sich auf den dritten Ausgabenblock von Fr. 11.8 Mio. konzentriert. Ausgaben also, die der Stadtrat als gebunden betrachte und Geschäfte, die nach seiner Auffassung nicht näher vom Gemeinderat behandelt werden sollen.

Die GRPK stelle einerseits Anträge, gewisse Geschäfte dem Gemeinderat vorzulegen, andererseits fordere sie Kürzungen ein. Er werde bei der Antragstellung die einzelnen Änderungen näher erläutern und bitte den Präsidenten dann um Worterteilung.

Seitenweises Durchgehen der Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erklärt, dass man jetzt zu den diversen Anträgen komme inklusive deren, die man verschoben habe. Zuerst gehe es um die Anträge im Bericht der GRPK E2 a bis f, danach diejenigen, welche man vorher verschoben habe und dann am Schluss der Antrag der bürgerlichen Fraktionen betreffend der Frohmatt.

Anträge der GRPK:

- a) **Projektierungskredit Kindergarten Toblerweg 1 und 2 (Aufstockung und Sanierung): Fr. 350'000.-- (Konto 200 5030.01), Reduktion um Fr. 250'000.-- auf Fr. 100'000.--**

Mitglieder der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, erklärt, dass die GRPK festgestellt habe, dass für die Projektierung der Kindergärten Toblerweg 1 und 2 100'000.-- Franken ausreichen. Die Kommission beantrage deshalb eine Streichung um 250'000.-- Franken.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli gibt bekannt, dass nach Rücksprache mit den Immobilien, das Vorprojekt nochmals überarbeitet werde und sie mit der Kürzung einverstanden seien.

Abstimmung über den Antrag

Projektierungskredit Kindergarten Toblerweg 1 und 2 (Aufstockung und Sanierung): Fr. 350'000.-- (Konto 200 5030.01), Reduktion um Fr. 250'000.-- auf Fr. 100'000.--

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

b) Planungskredit für Neu- und Ersatzbau im Schulhaus Ort: Fr. 450'000.-- (Konto 200 5030.43), Weisung an den Gemeinderat

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, führt aus, dass man vor einem Neu- und Ersatzbau im Schulhaus Ort stehe. Es sollen zusätzliche Unterrichtsräume und eine Mehrzweckhalle entstehen, die gemäss Kostenschätzung aus dem Jahr 2013 Fr. 10.8 Mio. kosten soll. Die GRPK erachte diese Ausgaben als ungebunden und wolle bereits im Rahmen der Projektierung mitreden um sicherzustellen, dass die Weichen richtig gestellt werden. Die Kommission verlange deshalb eine Weisung für den Projektierungskredit von 450'000.-- Franken.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli, gibt bekannt, dass ein paar Grundsatzfragen noch offen seien und sie somit mit dem Antrag einverstanden seien.

Abstimmung über den Antrag

Planungskredit für Neu- und Ersatzbau im Schulhaus Ort: Fr. 450'000.-- (Konto 200 5030.43), Weisung an den Gemeinderat

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

c) Musterzimmer mit Audio-/Video-Ausrüstung: Fr. 150'000.-- (Konto 200 5060.10), Streichung

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, stellt fest, dass die Primarschule plane, sukzessive die gesamte Schulinfrastruktur mit Audio- und Video-Hilfsmitteln aufzurüsten, was neben dem budgetierten Betrag von Fr. 150'000.-- weitere Fr. 700'000.-- kosten dürfte. Diese Aufrüstung sei nach Ansicht der Schulpflege in einem gewissen Umfang auch ohne Einführung von Tablets erforderlich. Aufgrund des Kreditbedarfs habe die Schule der GRPK zugesichert, dass zu diesem Posten dem Gemeinderat eine Weisung unterbreitet werde. Der im Budget 2015 eingesetzte Betrag von Fr. 150'000.-- sehe allerdings bereits die Auf-

rüstung von Musterzimmern unter Einbezug von Tablets vor.

Eine GRPK-Mehrheit wolle keine Sachzwänge in Bezug auf die Ausrüstung mit Tablets schaffen und fordere deshalb einen Marschhalt. Sie beantrage die Streichung des Budgetpostens. Sie fordere eine Gesamtschau und wolle keine weiteren Ausgaben tätigen bis die entsprechende Weisung vom Gemeinderat behandelt worden sei. Eine Mehrheit der GRPK verlange daher die Streichung des Postens.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, benötigt etwas mehr Zeit um dies zu erklären. Er wolle nochmals deutlich machen, dass dieser Kredit mit dem Tabletversuch keinen direkten Zusammenhang habe. Natürlich sei dies etwas schwierig auseinanderzuhalten.

Lehrpersonen verwenden immer mehr topmoderne Arbeitsmittel, meistens übrigens eigene, selber gekaufte. Sie bereiten zu Hause auf ihrem eigenen PC den Unterricht vor, gestalten Präsentationen, benutzen aktuelle Bilder und Videos, usw. Bei der Präsentation im Schulzimmer stellen sie fest, dass es einfach nicht funktioniere. Die neu ausgebildeten Lehrpersonen kommen aus einer pädagogischen Hochschule, die computer- und präsentationstechnisch auf einem Top-Level sei und staunen dann oft über das, was in Wädenswil alles nicht mehr funktioniere. Er wolle nichts gegen die IT sagen, welche einen guten Job erledige, aber man sei einfach weit weg von der Championsleague. Deshalb gebe es immer mehr Beschaffungsanträge für die Aufrüstung der Schulräume mit technischen Unterrichtshilfsmitteln wie Beamer, Smartboards, Audiogeräten, usw. Damit hier kein unkoordinierter Wildwuchs entstehe und aus dem Kustodenkredit alles Mögliche unkoordiniert eingekauft werde, habe man in Zusammenarbeit mit der IT der Stadt, einen Standard für Klassenzimmer definiert. Dieser habe die Grundlage für die zwei Musterzimmer gebildet. Nachdem sich diese Musterzimmer als tauglich erwiesen haben, wollen sie die Schulräume etappenweise ausrüsten. Geplant seien je 20 Zimmer pro Jahr, so hätte man in drei Jahren die Schule einigermassen in die EDV-Technische Gegenwart gebracht. So wäre das Unterrichten mit neuen Medien für alle in der Schule möglich gewesen.

In diesen Kosten seien keine Computer und keine Tablets enthalten. Der ursprüngliche Kredit für die 20 Zimmer sei bereits vom Stadtrat gekürzt worden. Dieser habe entschieden, dass 10 Schulzimmer genügen. So müsse man sich etwas länger Zeit lassen und es daure jetzt also sechs Jahre, bis man so weit sei, wie man gerne möchte. Dies könne man verkraften, aber wenn jetzt der Rest auch gekürzt werde, dann könne er dies schwer verstehen. Er sei sich dann nicht sicher, ob er mit gutem Gewissen einen Briefkopf mit Bildung und Forschung unterschreiben könne. Sie haben versucht, der GRPK diesen Sachverhalt zu erklären. Entweder haben sie sich falsch ausgedrückt oder sie haben sie nicht verstanden. Beides treffe möglicherweise zu.

Noch ein Wort zu den Tablett-Versuchen. 1943 habe der CEO von IBM Thomas Watson gesagt, "Ich denke, dass es einen Weltmarkt für vielleicht fünf Computer gibt". 1977 habe der Präsident von Digital Equipment Corp. gesagt: "Es gibt keinen Grund dafür, dass jemand einen Computer zu Hause haben wollte." Wie sich die Zeit ändern könne.

Rita Hug habe bereits erwähnt, dass unsere Kinder durchschnittlich in Bezug auf Computertechnik seien. Obwohl diese internationale Studie festgestellt habe, dass Schweizer Schulen eine technische Infrastruktur zur Verfügung stellen, welche über dem internationalen Durchschnitt liege. Allerdings haben sie in der Studie auch geschrieben, dass es sich oft um veraltete Geräte handle, welche nicht zur Nutzung animieren.

Als Grossvater müsse er sagen, dass seine Enkel, welche bereits zur Schule gehen, sich in der EDV besser auskennen als er und er sei also auch nicht schlecht. Wenn sie dann in der Schule auf veraltete Geräte treffen, sei das für die gedeihliche Entwicklung einer guten Lernatmosphäre nicht förderlich. Das Schulumfeld und die Art der Unterrichtsmittel verändern sich sehr schnell. Schneller als die Politik mit ihren trägen Entscheidungsprozessen darauf reagieren könne.

Sie sollten die Oberstufe nicht mit der Primarschule vergleichen. Die Primarschule habe 1'600 Schüler und die Oberstufe rund 700 Schüler. Das gebe ein ganz anderes Mengengerüst. Die Primarschule sei eine Abteilung der Stadt Wädenswil und darum machen sie vernünftigerweise die IT zusammen mit der Stadt. Sie haben sich für die Zusammenarbeit mit der IT der Stadt entschieden und seien überzeugt, dass das gut sei.

Noch etwas geschätzte Gemeinderatsmitglieder: Sie haben mehrmals eingeladen, Klassen die an diesem Versuch beteiligt seien zu besuchen. Ihre Türen seien offen und die Lehrpersonen informieren den Gemeinderat gerne über ihre Erfahrungen. Bisher sei das Interesse für dieses Angebot sehr dürftig gewesen. Das finde er persönlich schade. Das Verständnis für die Schule wäre wohl etwas ausgeprägter vorhanden, wenn man sich sorgfältiger mit deren Anliegen auseinandersetzen würde.

Ivo Peyer, BFPW, bemerkt, dass hier Musterzimmer stehe. Aber Johannes Zollinger habe von diesen Musterzimmern gesprochen und es sei etwas ganz anderes. Es sei die Einrichtung von Schulzimmern und nicht von Musterzimmern. Wenn er hier lese Musterzimmer, dann werde ein Zimmer als Muster eingerichtet. So sei das für ihn eine total andere Ausgangslage.

Beat Wiederkehr, CVP, bedankt sich bei Johannes Zollinger für sein engagiertes Votum, weise aber darauf hin, dass der Slogan auf dem Briefpapier unserer Stadt kein Freipass für jedwelche Ausgaben auch im Bereich von Bildung sei. Er stelle sich gegen eine Salamtaktik und fordere einen Marschhalt bezüglich der weiteren Einführung der Tablets. Er plädiere hingegen für eine Gesamtschau, die möglich werde, wenn dem Gemeinderat eine Weisung unterbreitet werde. Dann werde die vorberatende Kommission ausreichend Gelegenheit haben, sich im Detail mit den Investitionen für Klassenzimmer und mit der Tablet-Frage auseinanderzusetzen. Er rufe in Erinnerung, dass für den Versuchsbetrieb der Tablets bis heute bereits Fr. 200'000.-- ohne Zustimmung des Gemeinderats ausgegeben worden seien. Die Kredite seien zulasten der ausserordentlichen Kompetenzen gegangen, nicht nur der Primarschulpflege, sondern – weil es nicht gereicht habe – auch zulasten derjenigen des Stadtrats. Dieses Vorgehen sei an sich schon grenzwertig. Man müsse einsehen, dass es die finanzielle Situation nicht erlaube, dass Wädenswil gegenüber der erdrückenden Mehr-

heit anderer Gemeinden einmal mehr Pionier und Vorreiter spiele. Man müsse sich mässigen, und zwar leider auch bei den Bildungsausgaben.

Falls trotzdem punktuell Verbesserungen bei der Ausrüstung der Klassenzimmer gemacht werden müssen, sollen diese Ausgaben über den regulären Kustodenkredit der Lehrpersonen finanziert werden.

Er bitte den Rat dringend, den stadträtlichen Kredit von Fr. 150'000.-- zu streichen, damit der Gemeinderat die Möglichkeit habe, ohne Sachzwänge allenfalls notwendige Zusatzausgaben in Bezug auf Investitionen und die Laufende Rechnung zu beurteilen.

Simon Kägi, GP, stellt einen Ordnungsantrag zur Unterbrechung dieser Diskussion betreffend der Sitzungsdauer. Es sei jetzt bereits nach 22.00 Uhr. Im Geschäftsreglement stehe, dass die Sitzung höchstens um eine Stunde weitergeführt werden soll. Man könne schon weiterfahren, aber er frage sich, ob es sinnvoll sei, heute diese Sitzung weiterzuführen. Er stelle daher den Antrag auf Vertagung dieses Geschäfts auf eine nächste Gemeinderatssitzung. Grund sei, dass man jetzt seit 3 Stunden anwesend sei und er glaube nicht, dass man innert nützlicher Frist durchkommen werde. Es seien noch einige Anträge offen und auch der Steuerfuss sei noch gar nicht diskutiert.

Abstimmung über den Antrag von Simon Kägi

Der Rat lehnt den Antrag von Simon Kägi, die Sitzung abubrechen, mehrheitlich ab.

Rita Hug, GP, findet es schade, dass man jetzt unter Zeitdruck stehe und einen Entscheid fällen müsse, welcher für die Schule wirklich schlechte Auswirkungen haben könne. Es sei ein gutes Projekt und es wäre super, wenn man dieses weiterführen könnte. Eine Streichung hätte wirklich einschneidende Konsequenzen für die Schule.

Rahel Sonderegger, EVP, wolle nochmals präzisieren, dass es hier nicht um Tabletversuche gehe. Es sei aus ihrer Sicht eine falsche Angabe des Kontos. Es sei ein Musterzimmer gewesen am Anfang der Tabletversuche. Aber es gehe um Beamer und sonstige Präsentationssachen. Sie habe zum Glück in ihrem Schulzimmer einen Beamer und sie wüsste nicht, wie sie ohne diesen arbeiten könnte. Sie bitte den Gemeinderat diesen Budgetposten nicht zu streichen.

Christian Gross, SP, wolle auch noch kurz etwas dazu sagen, weil für sie die Sache nicht ganz so einfach sei. Einerseits seien diese Musterzimmer wichtig und gut. Es mache es sicher einfacher: Man müsse nicht mit der Hardware kämpfen, man habe vor allem auch Hardware, und so habe man mehr Zeit für die Schüler. Die Schüler haben eine Umgebung, in der man die Medienkompetenz auch aufbauen könne.

Daneben gebe es auch so komische und mühsame Sachen wie Vorgaben. Ab Fr. 300'000.-- sei eben auch eine Weisung erforderlich. Für ihn sei es nicht ganz klar, dass wenn man für alle Zimmer die gleiche Ausrüstung benötige und diese standardisieren wolle, wieso man bei diesem Antrag verschiedene Projekte über die Jahre aufsplitte.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger, bemerkt, dass es eigentlich eine Mobiliengeschaffung sei. Sie haben zum Beispiel auch im Budget gehabt, dass man jedes Jahr für rund Fr. 50'000.-- Pult und Stühle ersetze. In der Zwischenzeit haben sie dies auch etwas gestrichen und hinausgeschoben. Da sei nie ein Gemeinderat auf die Idee gekommen, dass sie dazu eine Weisung machen müssen. Darum sei es auch widersinnig, eine Weisung zu machen, um Zimmer mit visuellen Einrichtungen ausrüsten zu können. Heute seien Beamer und Videogeräte auch nicht mehr das Gleiche wie vor 10 Jahren. Es komme jetzt natürlich falsch daher mit der Bezeichnung Musterzimmer. Im Grunde sei es das Gleiche, wie wenn Möbel ersetzt werden.

Beat Wiederkehr, CVP, wendet sich an Johannes Zollinger, welcher der GRPK versichert habe, dass es für die Musterzimmer eine Weisung geben werde.

Stadtrat Schule und Jugend Johannes Zollinger entgegnet, dass er der GRPK versprochen habe, dass dies erfolge, wenn die Tabletversuche abgeschlossen seien, welche unabhängig von allem anderen laufe. Sie lassen ein paar Klassen noch ein Jahr mit den Tablets weiterarbeiten, weil es aus technischen Gründen einen längeren Unterbruch gegeben habe, weil man das iPad in diesem System nicht gut habe einbinden können. Wenn dieser Versuch abgeschlossen sei, dann werde aus den Erkenntnissen des Versuchs gemeinsam mit der Oberstufe eine Weisung an das Parlament erstellt. Wenn sie alle Klassen mit diesen Tablets ausrüsten wollen müsse es schnell gehen. Bis dann hoffen sie zu wissen, ab welcher Klasse sie die Kinder mit den Tablets ausrüsten wollen. Aber zuerst werden jetzt in allen Altersstufen Erfahrungen gesammelt. Schüler und Schülerinnen von der 1. bis zur 6. Klasse arbeiten damit und es werde geschaut, was mit diesen Geräten im Unterricht gemacht werden könne. Wenn der Gemeinderat einmal eine Klasse besuchen würde, würde er es auch einmal sehen, denn es sei spannend. Wenn dieser Versuch abgeschlossen sei, dann benötige es zwingend eine Weisung, denn das sei dann eine grosse Dimension.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, bemerkt, dass der Vergleich mit Tisch und Stühlen ihrer Meinung nachhinke, weil dies Bestand habe und etwas Festes sei. Alles was mit IT zu tun habe, da wisse man, dass man es heute kaufe, aus dem Laden laufe und es bereits schon wieder veraltet sei. Sie würden sicher gerne in die Schule kommen, aber alle da im Rat seien mehrheitlich arbeitstätig und es tue ihr leid, dass sie bis jetzt seiner Aufforderung nicht habe Folge leisten können.

Andreas Gut, CVP, möchte als Direktbetroffener, zwar nicht in der Stadt Wädenswil, noch einen Input geben. Er finde es wichtig, dass man die Realität in diese Sache miteinbeziehe.

Und die Realität möge jetzt hier etwas kosten. Er wisse nicht, wie vielen Leuten es da im Rat effektiv bewusst sei, wie viele Kinder schon im Primarschulalter solche Geräte intensiv täglich benutzen. Und die kommen auch alle Jahre mit einem Neuen. Er sei etwas irritiert, dass Leute, welche sich sonst auf die Wirtschaft berufen, plötzlich der Kaderanreiz nicht mehr so wichtig sei und er habe immer gemeint, dass dies in der Schule wichtig sei. Und er sei auch erstaunt, dass man meine, sich in der Schule im Bereich ICT einfach einmal Pausen leisten zu können. Die Entwicklung sei auch in diesem Bereich extrem schnell und auch da müsse man am Puls bleiben. Er wisse, dass da im Rat viele Kinder haben, und man wolle doch sicher, dass diese am Puls bleiben. In der Schule höre er täglich, dass sie zu viel malen und turnen, dass sie der Wirtschaft zu wenig zudienen. Jetzt hätte man einmal einen Bereich, in dem man unsere Kinder tauglich machen könnte und es sei für ihn schleierhaft, wie man da über Stühle und Bänke diskutieren könne, anstatt um diese Arbeitsmittel, welche für die Zukunft wichtig seien. Für eine Schule sei dies zwingend notwendig.

Adrian Stucki, GP, teilt mit, dass Andreas Gut ihm das Wort aus dem Munde genommen habe. Er habe in den letzten Jahren in zwei Grossfirmen hineinschauen können. Dort gehe nichts mehr an diesem vorbei. Sobald unsere Kinder in Grossfirmen kommen, und er sei auch sicher in den KMU's, dann seien sie mit solchem konfrontiert. Und man rede nicht irgendwie von multivisionalen 3D oder Sonstigem, man rede von Beamer und Videogeräten, was heute einfach Standard sei. Er sei letzstens an einer Präsentation in der Schule gewesen und da habe einer eine Folie aufgelegt, mit einer Schrift irgendetwas dahingekritzelt. Da habe er einfach sagen müssen, das sei vorbei. Er sei nicht einer, der immer am technisch Neusten dabei sein müsse. Aber heute sei die Zeit der Wandtafel und Kreide sowie Brockschreiber einfach vorbei. Nochmals: Man rede hier von Beamer und Videogeräten und nicht von weiss nicht was alles.

Daniel Tanner, SP, erklärt, dass sein Sohn im Gerberacher in die Schule gegangen sei. Glücklicherweise habe er einen Lehrer gehabt, welcher ziemlich innovativ gewesen sei. Er habe seinen Beamer offenbar selber mitgenommen und mit 4 Fäden an einem Tablar an die Decke gehängt. Er denke, das sei ein Glücksfall. Er wisse nicht, wie es in anderen Schulzimmern in Wädenswil aussehe.

Man habe gehört, dass das Positive Forum Wädenswil da im Gemeinderatssaal eine neue Ausrüstung verlange. Wenn es da verlangt werde, dann sei es nichts als Recht, wenn unsere Schulzimmer auch mit einem Beamer ausgerüstet seien. Auch wenn das jetzt nicht ganz glücklich gelaufen sei mit der Geldbeschaffung und der Kreditaufgleisung, aber spätestens wenn die Weisung komme, werde sicher jeder von uns zustimmen. Also mache man dies doch besser schon heute Abend und schaue, dass die Streichung nicht erfolge.

Simon Kägi, SP, führt aus, dass es Musterzimmer gebe und wie er gehört habe, werden weitere Investitionen folgen. Persönlich sei es ihm lieber, dass jetzt für Fr. 150'000.-- weitere Tests durchgeführt werden und dass man dann entscheiden könne, ob diese Zimmer wirklich erst ab der 4. Klasse und zum Beispiel nicht schon aber der 1. Klasse gemacht werden.

Weil wenn nachher die Weisung komme, könne man nicht entscheiden, wo man die Tablets wolle und es seien keine guten Grundlagen vorhanden.

Das andere sei, dass wenn man eine Schule ohne Elektronik wolle, dann müsse das pädagogische Konzept der Volksschule abgeändert werden. Es gebe pädagogische Konzepte, bei welchen dies nicht im Vordergrund stehe, sondern andere Erfahrungen wichtiger seien. Aber dann müsste das Schulkonzept der Schule Wädenswil geändert werden, aber das mache man heute Abend nicht. Darum wolle er sich wirklich dafür einsetzen, dass man das Laufen lasse und dann darüber diskutierte, wenn der grosse Brocken komme. Dann wisse man wo es gebraucht werde und wo nicht.

Abstimmung über die Streichung mit Stimmenzähler

Musterzimmer mit Audio-/Video-Ausrüstung: Fr. 150'000.-- (Konto 200 5060.10), Streichung

Der Rat stimmt der Streichung mit 16:13 Stimmen zu.

d) Attraktivitätssteigerung Strandbad Rietliau: Fr. 100'000.-- (Konto 340 5010.05), Streichung

sowie

**E1b) Kontogruppe 93 Bäder
Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 10'000-- auf Fr. 1'413'015.--**

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, gibt bekannt, dass die GRPK es für sinnvoll halte, Ausgaben erst zu tätigen, wenn auch klar sei, für welche Massnahmen diese vorgesehen seien. Sie akzeptieren die Erhöhung der Laufenden Rechnung um Fr. 10'000.--, damit diesbezüglich Abklärungen gemacht werden können für die Attraktivitätssteigerung des Strandbads Rietliau, die offenbar nicht abteilungsintern erfolgen können. Er halte es für politisch sinnvoll, wenn bei der Postulatsbeantwortung Massnahmen und die damit verbundene Kosten aufgezeigt werden. Die Investition von Fr. 100'000.-- sei zu streichen.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Jonas Erni, teilt mit, dass an der Gemeinderatssitzung vom 26. Mai das Strandbadpostulat aufrechterhalten worden sei und man habe verschiedene Voten dazu gehört, was alles nicht so gut sei und gemacht werden könnte. Dazu zitiere er aus dem Postulat die Punkte Öffnungszeiten, Infrastruktur, Sauberkeit und die Restaurantführung. Er habe dies dann zusammen mit der Abteilung geprüft und detailliert angeschaut wo was verbessert werden könnte. Die drei Punkte, welche ohne grosse Mehrkosten gemacht werden können, nämlich Öffnungszeiten, Sauberkeit und Restaurantführung, seien sie angegangen. Sie werden es demnächst bei der Beantwortung des Postulats detailliert ausführen. Er könne jetzt schon sagen, dass es Änderungen geben werde.

Der einzige Punkt, welcher nur mit Investitionen getätigt werden könne, sei die Infrastruktur. Mehrfach genannt, er habe dies im Protokoll zum Postulat von damals nachgelesen. Sie haben überprüft, was gemacht werden könnte, was auch im Rat erwähnt worden sei, wie zum Beispiel ein neues Babybad. Aber solche Anpassungen kosten schnell eine halbe Million und mehr. Daher haben sie sich dazu entschieden, professionelle Bäderplaner einzuladen, mit der Vorgabe, dass die Planung selber Fr. 10'000.-- nicht überschreiten dürfe. Jetzt sei es so, dass die Infrastruktur und die damit verbundenen Investitionen, der Punkt sei, welcher auch vom Gemeinderat abgesegnet werden müsse. Darum hinterlasse es bei ihm einen schalen Geschmack, wenn gerade bei diesem Punkt, welcher mehrfach gefordert werde, jetzt wieder gekürzt bzw. gestrichen werde. Er sei jedoch froh, dass die Fr. 10'000.-- für die Planung in der Laufenden Rechnung belassen werden.

Thomas Koch, FDP, bemerkt, dass die Idee des Postulats, welches damals die FDP-Fraktion eingereicht habe, nicht sei, dass man einfach irgendwo Geld investiere, sondern einen Auftrag an den Stadtrat, ihnen ein Konzept vorzulegen. So lange sie kein Konzept gesehen haben, seien auch sie der Meinung, dass da kein Geld gesprochen werden müsse. Sie können dies nicht ganz nachvollziehen, dass quasi Geld sprechen ein Konzept sein soll.

Simon Kägi, GP, wendet sich an den Hauptredner der Bürgerlichen Allianz Pierre Rappazzo. Dieser habe sich am Anfang der Sitzung darüber beschwert, dass die Angestellten der Stadt Wädenswil nicht selber entscheiden können, dass überall Entscheidungsträger nötig und noch weitere Abklärungen notwendig seien. Jetzt sei man heute am Abend genau an so einem Punkt, welcher von der Bürgerlichen Allianz wieder gefordert werde. Und zwar: Ja sie können nicht selber entscheiden, sondern es müsse dann zuerst vom Gemeinderat abgesegnet werden. Das verstehe er nicht genau, mit dem Sparen und dem Leistungsfähiger werden. Gleichzeitig sage man, dass alle Kompetenzen die sie haben wieder gestrichen werden. Dies sei für ihn widersprüchlich und er frage sich in welche Richtung sie gehen wollen.

Jonas Rickli, GLP, wehrt sich dagegen, dass für alles immer wieder ein Experte einbezogen werden müsse und nochmals einer welcher die hohle Hand mache. Man könne doch auch einmal nach Richterswil oder Kilchberg gehen und schauen, was in diesen Bädern geboten werde, aufschreiben und Ideen bringen und dann ein Grobkonzept erstellen. Er finde, dass dies keinen rostigen Rappen kosten müsste, sondern intern gemacht werden könnte. Dann könnte man mit dem Konzept in den Rat kommen und es könnte weitergeschaut werden.

Abstimmung über den Antrag

Attraktivitätssteigerung Strandbad Rietliau: Fr. 100'000.-- (Konto 340 5010.05), Streichung

Der Rat stimmt der Streichung grossmehrheitlich zu.

Abstimmung über den Antrag

Kontogruppe 93 Bäder

Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 10'000.-- auf Fr. 1'413'015.--

Der Rat stimmt dem Antrag grossmehrheitlich zu.

**e) Verselbständigung Frohmatt: Fr. 60'000.--
(Konto 410 5810.00), Streichung**

sowie

E1a) Kontogruppe 85 Frohmatt

Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 30'000.-- auf Fr. 1'922'660.--

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, stellt fest, dass Mitarbeitende und die Leitung der Frohmatt einen sehr wertvollen Beitrag für die Betreuung unserer älteren Bürgerinnen und Bürger leisten. Diese Aufgabe haben sie auch unter grössten Herausforderungen während dem Umbau geleistet. Dafür gebühre der Frohmatt unsere grösste Anerkennung und Dank.

Die Frohmatt stehe nicht nur finanziell vor weiteren enormen Herausforderungen. Man werde später noch über die Festlegung des Indikators für den wirtschaftlichen Betrieb diskutieren. Die Frohmatt stehe auch vor der grossen Herausforderung, wie sie aufgrund neuer Gegebenheiten strategisch und operativ geführt werden soll. Die GRPK begrüsse deshalb, dass sich der Stadtrat, speziell die Sozialvorständin Astrid Furrer und die Frohmattleitung Cristian Rentsch, dazu Gedanken machen. Der Stadtrat favorisiere offenbar eine Ausgliederung der Frohmatt in eine juristische Person. Bei dieser Ausgliederung handle es sich natürlich nicht um eine Privatisierung, klar sei jedoch, dass ein solcher Schritt politisch äusserst brisant sei und auch finanzrechtliche Konsequenzen habe. Die Kommission wolle deshalb keine Engführung auf eine bestimmte Lösung, sei dies eine Aktiengesellschaft oder Stiftung, sondern sie wolle eine Gesamtschau und verlange die Prüfung mehrerer Alternativen für die künftige Ausrichtung der Frohmatt. Dazu solle zuhanden des Gemeinderats eine Weisung erstellt werden. Für die Kommission sei grundsätzlich klar, dass für die eine oder andere Frage auch Berater beizuziehen seien. Doch Berater seien häufig nur dazu da, einem die Uhr aus der Hand zu nehmen, um einem zu sagen, wie spät es sei. Die entscheidenden Fragestellungen müssen in erster Linie von der Frohmatt und vom Stadtrat selber beantwortet werden. Die GRPK traue diese Aufgabe der Frohmattleitung zu. Nach Stellenaufstockungen auch im Bereich Unternehmensentwicklung und Qualitätssicherung werde sie in der Lage sein, die Weisung mit reduzierten externen Honoraren zu erstellen. Die Kommission beantrage deshalb, Fr. 60'000.-- aus der Investitionsrechnung zu streichen, und stattdessen die Laufende Rechnung um die Hälfte, also Fr. 30'000.--, zu erhöhen, damit allenfalls notwendige externe Berater beigezogen werden können.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer, zeigt eine Folie auf dem Hellraumprojektor. Sie führt aus, dass die ambulante und stationäre Versorgung der älteren Menschen zur grössten gesellschaftlichen Herausforderung der Zukunft in der Schweiz, im Kanton Zürich und in Wädenswil werde. Auf der Folie sei ersichtlich, wie die Bevölkerung der 80-jährigen und älteren Menschen im Kanton Zürich zunehme. Man sehe, was prozentual auf den Kanton Zürich und auch auf Wädenswil zutreffe. In 10 Jahren werde man mehr als einen Drittel Leute haben, welche 80-jährig und älter seien und in 20 Jahren schon 75 Prozent mehr. Im Moment habe man in Wädenswil ziemlich genau 1'000 Einwohner welche 80-jährig und älter seien. In 20 Jahren seien es 1'750 Personen.

Man wisse, dass die ganze Pflegegeschichte eine riesige Herausforderung sei. Und sie sei eine Herausforderung für die Stadt und nicht einfach für die Frohmatt. Wenn man in die Zukunft schaue, gehe es nicht um die Frohmatt, sondern es gehe darum, wie sie für die Stadt das Angebot der stationären Einrichtungen aufrechterhalten könne. Aufrechterhalten mit den Mitteln, welche heute einfach benötigt werden. Daher gehöre dieses Projekt auch auf keinen Fall in die Laufende Rechnung, denn es sei nicht für die Frohmatt, sondern es sei ein Projekt der Stadt und gehöre daher in die Investitionsrechnung. Das zum ersten Punkt, was auch ein Antrag sein werde.

Das Projekt trage der Einfachheit halber den Kurztitel "Verselbständigung". Dieser Arbeitstitel nehme keine Variante vorweg und der Titel "Positionierung" wäre passender, das gebe sie zu. Beim Projekt gehe es um die Klärung der künftigen Position des Wädenswiler Alterszentrums. Es seien sehr viele Fragen zu klären und für die Beantwortung brauche man die beantragten Ressourcen.

Die Pflegeversorgung habe sich seit 2012 grundlegend – sie betone grundlegend – verändert. Die Finanzierung der Pflege sei gänzlich umgekrempelt worden: Vorher seien die Institutionen subventioniert worden. Jetzt sei es anders: Die Kunden erhalten das Geld direkt und sie können mit dem gleichen Geld frei wählen, in welches Heim sie gehen wollen! Man habe dies so gewollt, damit der Wettbewerb unter den Heimen gefördert werde und diese so effizienter arbeiten. Es herrsche absolute Wahlfreiheit und Rosinenpickerei. Das heisse: Die Heime müssen sich um die Bewohner bemühen und alle Heime bringen sich in eine gute Stellung. Es sei klar, wohin die Leute gehen: Für das gleiche Geld wählen sie das schönere Heim mit guten Zusatzleistungen und einer guten Infrastruktur. Und man wisse was passiere, wenn dem Heim nicht so gut geschaut und die notwendigen Investitionen nicht getätigt werden. Es sei klar, dass die Leute, welche es sich leisten können und vielleicht noch etwas darauf zahlen, in ein Heim gehen, bei dem sie mehr Infrastruktur vorfinden, welche sie lässig finden. Wenn diese Leute von Wädenswil weggehen, dann bleiben in Wädenswil nur noch diese Personen, welche Zusatzleistungen beziehen. Das heisse, dass sich das Defizit der Frohmatt jedes Jahr steigern werde, weil man keine Leute mehr habe, welche den vollen Kostentarif bezahlen können. Mit jedem Zusatzleistungsbezüger werde Defizit gemacht und das sei die Zukunft, wenn man sich nicht dem Thema widme, wie sich die Frohmatt positionieren könne. Wer volle Ergänzungsleistung brauche, erhalte Fr. 255.-- pro Tag, er koste den Staat also Fr. 7'750.-- pro Monat. Mit welchen Konzepten schaffe man es, ein Heim kostendeckend zu betreiben, wenn wir auch die Menschen, die wenig Geld haben, gut betreut haben wollen?

Dann habe man die Herausforderung bei der Personalsuche. Ein Altersheim sei keine Verwaltung. Ein Heim sei ein Tages- und Nacht-Betrieb, auch samstags, sonntags und an Feiertagen und die Arbeit sei körperlich streng und mental anspruchsvoll. Die Frohmatt sei dem Besoldungsstatut der Stadt Wädenswil unterstellt, obwohl normalerweise für ein Heimbetrieb ganz andere Anstellungsbedingungen als für die Verwaltung gelten. Mit den Anstellungsbedingungen seien sie für qualifiziertes Personal nicht konkurrenzfähig. Der Markt für Pflegepersonal sei total ausgetrocknet. Sie müssen darum teures Temporärpersonal einstellen.

Mittelfristig stehen weitere Investitionen an: Aus Geldmangel sei nur das Haus 3 komplett erneuert worden. Das Haus 1, wo der Empfang sei, müsse in 10 Jahren saniert werden, und das Haus Berg müsste es jetzt werden. Man wisse, dass bei der Stadt noch viele Projekte anstehen. Wie können sie weiter saniert werden, ohne die städtische Rechnung zu belasten? Ein Betrieb, der auf 3 Häuser verteilt sei, sei natürlich sehr ungünstig. Wie könne solch ein Betrieb trotzdem effizient geführt werden?

Simon Kägi, GP, unterbricht Astrid Furrer und stellt einen Ordnungsantrag zum Unterbruch ihrer Ausführungen. Es gehe ihm zu lange für einen Betrag von Fr. 30'000.--.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erklärt, dass im Geschäftsreglement des Gemeinderats geregelt sei, dass eine Person 10 Minuten zum Sprechen zur Verfügung habe. Astrid Furrer habe die Zeit mit 6 Minuten noch nicht ausgeschöpft.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer fährt weiter, dass man bei den Alterssiedlungen die Zuständigkeit und die Finanzierung zu klären habe. Die Frohmatt erbringe Eigenleistungen im Bereich Spitex und Technischen Dienst im Wert von Fr. 200'000.--, die ihr nicht vergütet werden. Wie sollen die Leistungen für die Mieter der Alterssiedlung organisiert und bezahlt werden?

Sie brauchen die Fr. 60'000.--, um diese Fragen zu klären. Sie garantiere, dass die Klärung der künftigen Position der Frohmatt im Minimum dazu führen werde, dass das Defizit um 10 % abnehmen werde, also um rund Fr. 200'000.--. Es sei also nicht sinnvoll, die Fr. 60'000.-- nicht zu sprechen, denn man werde mehr als dreimal so viel wieder reinholen.

Sie könne dem Gemeinderat auch versichern, dass der Stadtrat selbstverständlich so früh wie möglich mit einer Weisung an den Gemeinderat gelange, wenn sie den Weg und die Antworten auf die Fragen gefunden haben und auch eine Auswahlmöglichkeit unterbreiten können. Aber um überhaupt so eine Weisung erstellen zu können, benötigen sie diese Ressourcen, anders sei es einfach nicht möglich.

Sie bitte den Gemeinderat zusammen mit dem Stadtrat die Verantwortung für die Bewohner und Bewohnerinnen von Wädenswil wahrzunehmen, indem man sich diesen wichtigen Fragen nicht verschliesse: Wie könne das Bestehen der Frohmatt längerfristig bestehen

bleiben und wie könne die Frohmatt längerfristig finanziert werden ohne das sie jedes Jahr ein Defizit einfahre.

Christian Gross, SP, ist der Meinung, dass die rechtliche Form der Frohmatt einerseits ein technischer Entscheid im weiten Bereich aber auch ein politischer Entscheid sei. Solch ein politischer Entscheid könne auch gefällt werden, ohne dass vorher so grosse Beträge in Beratung etc. investiert werden müssen. Darum unterstützen sie diese Streichung.

Abstimmung über den Antrag

Verselbständigung Frohmatt: Fr. 60'000.-- (Konto 410 5810.00), Streichung

Der Rat stimmt der Streichung grossmehrheitlich zu.

Abstimmung über den Antrag

Kontogruppe 85 Frohmatt

Erhöhung Nettoaufwand um Fr. 30'000.-- auf Fr. 1'922'660.--

Der Rat stimmt der Erhöhung mehrheitlich zu.

f) Möblierung und Gestaltung Mehrzweckraum Frohmatt: Fr. 55'000.-- (Konto 410 5060.21), Streichung

Beat Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass das für die Frohmatt zuständige GRPK-Mitglied Christoph Lehmann einen Augenschein vor Ort vorgenommen habe, um die beantragte Notwendigkeit der Möblierung und Gestaltung im Mehrzweckraum zu beurteilen. Nach seiner Einschätzung und der Meinung der Kommission seien die Ausgaben von Fr. 55'000.-- nicht dringend nötig, weshalb sie aus dem Budget zu streichen seien.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer, möchte nochmals darauf hinweisen welche Leute in der Frohmatt leben, für diejenigen, welche noch nie in der Frohmatt gewesen seien. Personen im Pflegeheim und Leute mit Demenz benötigen 24 Stundenbetreuung. Die können nicht mehr alleine selbstständig zu Hause sein. Diese benötigen Betreuung und Begleitung. Sie seien bei schlechter Gesundheit und vom Rollator in den Stuhl zu sitzen sei eine riesen Übung. Als gesunder Mensch, könne man sich das gar nicht vorstellen.

Die Menschen können nicht mehr nach draussen gehen. Sie bringen das Leben daher zu ihnen in die Frohmatt. Für das haben sie den Mehrzweckraum, wo Konzerte, Kinoabende, Gottesdienste, Spielabende, Theater und vieles mehr stattfinden. Der Kredit beinhalte nicht nur Stühle, sondern auch Tische, Verdunkelungseinrichtung, Schränke, Transportwagen, Wandschutz usw. Es habe geheissen "bei Besichtigung vor Ort", aber das sei nicht der Fall gewesen, weil der Mehrzweckraum besetzt gewesen sei und man habe nicht hineingehen können. Sie zeige dem Gemeinderat nun die Stühle, welche dort seien. Dies seien 30-

jährige Stühle, schon damals als Occasion gekauft. Man sehe, wie diese aussehen und man könne schon sagen, es sei Kosmetik und nicht so wichtig. Für gesunde Menschen sei es auch kein Problem darauf zu sitzen. Jetzt habe sie aber vorher erklärt, welche Leute in der Frohmatt wohnen. Die Leute kippen fast und können nicht in solch einem Stuhl sitzen. Sie benötigen eine Armlehne und diesen alten Stuhl können sie nicht selber zu Recht rücken. Für uns sei er leicht, aber für eine 80- oder 90-jährige Person seien diese viel zu schwer. Jedes Mal müssen sie jemanden bitten, ihnen zu helfen, den Stuhl zu Recht zu rücken. Für das seien wieder Leute in der Betreuung notwendig, was wieder koste. Es seien auch so harte Stühle für diese Leute, denn sie benötigen ein Polster. Zudem benötigen sie bei der Rückenlehne ein Loch, damit der Stuhl einfach verschoben werden könne und sie dies auch selber machen können. Wenn man hier spare, dann spare man direkt an den Bewohnern. Sie hoffe, dass alle hier im Rat einmal alt werden, aber sie hoffe auch, dass sie einmal bequemere Stühle haben werden. Mit denen sie nicht umkippen und die sie auch selber verschieben können. Sie hoffe wirklich, dass man den Bewohnern gescheite Stühle gönnen möge.

Christoph Lehmann, SVP, entgegnet, dass wenn dieser Stuhl, welcher Astrid Furrer gezeigt habe, im Mehrzweckraum stehe, dann werden sie hier im Rat angelogen. Er sei am Samstag dort gewesen und dieser Stuhl sei nicht vom Mehrzweckraum. Er sei in der Frohmatt gewesen und habe die Stühle und Tische dort fotografiert. Es seien blaue Stühle, welche mit Kunstleder überzogen seien, wovon die einen eine Lehne haben. Sie meinen, dass diese Investition auch noch um ein oder zwei Jahre hinausgezögert werden könne. Diesen Stuhl von Astrid Furrer habe er in der Frohmatt nicht gesehen, sonst hätte er diesen Antrag auch nicht gestellt.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer wisse nicht, welche Stühle dort gestanden seien, aber sie vermute, dass es diejenigen von der Cafeteria gewesen seien, welche die Leute in den Mehrzweckraum mitgenommen haben.

Christian Gross, SP, habe das Vergnügen gehabt in mehreren Altersheimen für einzelne Wochen zu arbeiten. Er könne die Ausführungen von Astrid Furrer soweit bestätigen, dass er sehr häufig die Aufgabe gehabt habe, den Betagten absitzen zu helfen. Es sei wirklich schwierig. Man könne sich das fast nicht vorstellen, wie schwierig aufstehen und absitzen sein könne. Es werde dann einfach alles sehr aufwendig, wenn man schnell etwas machen müsse, und zugleich die Leute zu diesen Stühlen bringen müsse.

Abstimmung mit Stimmzähler über den Antrag

**Möblierung und Gestaltung Mehrzweckraum Frohmatt: Fr. 55'000.--
(Konto 410 5060.21), Streichung**

Der Rat stimmt der Streichung mit 15:14 Stimmen zu.

Antrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP

**Alterszentrum Frohmatt; Carport Fahrzeuge Frohmatt
Konto 410 5030.06, Fr. 55'000.-- aus der Investitionsrechnung zu streichen**

Ivo Peyer, BFPW, führt aus, dass sie der Meinung seien, dass auf die Erstellung eines Carports für Fr. 55'000.-- verzichtet werden könne. Durch diese Streichung sei die Pflegebetreuung nicht beeinträchtigt.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer bemerkt, dass sie selbstverständlich gegen diese Streichung sei und diesem Votum widersprechen müsse, dass sie nicht an der Betreuung abgehe. Der erste Punkt sei, dass die Baugrube bereits bestehe, denn dort seien die Baucontainer darauf gestanden und so sei es sinnvoll, denn Carport gleich zu erstellen, weil es sowieso gemacht werden müsse. Carport bedeute eine Garage, welche es bisher noch nicht gegeben habe. Sie haben sich noch überlegt, diese Investition zu verzögern, haben aber festgestellt, dass wenn alles wieder neu hinausgehoben werden müsse, komme es viel teurer. Der zweite Punkt sei, dass eine Garage benötigt werde. Es sei für betagte Leute, welche herumchauffiert werden müssen, gerade jetzt im Winter in der Kälte oder wenn sie im Regen warten müssen, sehr mühsam und unangenehm. Wenn die Autos keinen Schutz haben, bestehe auch die Gefahr von Vandalenakten. Es habe schon Marderschäden gegeben, weil sie keine Garage haben. Man wisse selber, wie ein Auto aussehe, wenn es längere Zeit ohne Schutz draussen stehe. Die Frohmatt habe keine Garage mehr für ihre Fahrzeuge. Sie bitte den Gemeinderat, dass man jetzt wenigstens an die Bewohner denke, so dass man sich für diese gerade bei Regen Zeit nehmen könne, ohne dass sie pflotschnass werden, ehe sie ins Auto sitzen können.

Ivo Peyer, BFPW, stellt fest, dass im Budget Carport geschrieben sei. Wenn es eine Garage sei und zwei Autos darin stehen, dann sei es eng und für die Betagten schwierig ins Auto einzusteigen. Mit dem Auto müsse doch irgendwo hingefahren werden können, zum Beispiel vor die Türe, damit die Bewohner trockenen Fusses einsteigen können. Im Budget stehe Carport und dies habe wirklich nichts mit einer Garage zu tun. Das seien zwei völlig unterschiedliche Sachen und er müsse sagen, dass vieles nicht stimme. Wie auch bei den Musterzimmern, welche gar keine Musterzimmer seien.

Daniel Tanner, SP, erachtet dies als einen weiteren Schuss aus dem Halfter. Dieser überrasche sie komplett, denn man wisse, dass für dies die Kommissionsarbeit vorhanden und gefragt sei. Die Kommission habe die Aufgabe die Fraktionen abzuholen und diese Themen zu diskutieren. Fragen sollen an die Kommission gerichtet und nicht jetzt vorgebracht werden. Da seien jetzt 35 bzw. 33 Leute und müssen über etwas entscheiden, bei dem ihnen einfach die Grundlage fehle. Er werde dieser Kürzung sicher nicht zustimmen, weil er sich dazu einfach nicht geäußert habe. Er finde es schade, denn dadurch werde die GRPK auch desavouiert und es soll künftig auf solches bei der Budgetdebatte verzichtet werden.

Ivo Peyer, BFPW, entgegnet, dass diese Frage an die GRPK gestellt worden sei.

Adrian Stucki, GR, verwundert sich, dass die Bürgerlichen Fraktionen und die Bürgerliche Stadträtin irgendwie nicht miteinander reden können. Es werde über Stühle diskutiert, welche eben doch keine Stühle seien und über Carports, welche doch keine Garagen seien. Langsam zweifle er an diesen bürgerlichen Fraktionen.

Abstimmung über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen SVP/BFPW, FDP und GLP mit Stimmenzähler:

**Alterszentrum Frohmatt; Carport Fahrzeuge Frohmatt
Konto 410 5030.06, Fr. 55'000.-- aus der Investitionsrechnung zu streichen**

Der Rat stimmt der Streichung mit 17:11 Stimmen zu.

Daniel Tanner, SP, stellt den Antrag, die Abstimmung über den Globalkredit von Seite 96 der Freizeitanlage Untermosen mit Stimmenzähler nochmals durchzuführen, da es sehr knapp gewesen sei.

Abstimmung über den Antrag von Daniel Tanner

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu, die Abstimmung nochmals durchzuführen.

Abstimmung über die Kontogruppe 710 (Freizeitanlage Untermosen) mit Stimmenzähler

«Das Bürgerliche Forum Positives Wädenswil (BFPW), die SVP, die FDP und die GLP beantragen, den Globalkredit von Fr. 763'600.-- auf neu Fr. 660'000.-- zu reduzieren.»

Der Rat stimmt dem Antrag mit 19:13 Stimmen zu.

Antrag E3 der einstimmigen GRPK zu den FLAG-Zielen

85, Alterszentrum Frohmatt

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Wirtschaftliche Betriebsführung Die Pensions- und Pflegekosten sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.
neu	Wirtschaftliche Betriebsführung	Bis Ende 2017 wird eine kosten- deckende Betriebsführung erreicht (Nettoaufwand = kalkulatorische Kosten)
neu	Die Pensions- und Pflegekosten sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.

Christoph Lehmann, SVP, führt aus, dass die wirtschaftliche Betriebsführung und die Pensions- und Pflegekosten marktkonform seien, welches bisher ein Ziel gewesen sei. Sie haben das Gefühl, dass es eigentlich zwei Ziele seien. Nämlich wirtschaftliche Betriebsführung, bei denen die Indikatoren und Standards bis 2017 kostendeckend seien und bis dann erreicht werden müssen. Neu seien Pension- und Pflegekosten marktkonform im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot, welches die Indikatoren und Standards seien. Diese Ziele sollen auseinandergenommen werden.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer bemerkt, dass wenn ihnen die Ressourcen genommen werden um die Wirtschaftlichkeit noch von einem anderen Blickwinkel anzuschauen, dann könne sie nicht garantieren, dass dieses Ziel erreicht werden könne. Sie sei für die Streichung. Es sei einfach nicht logisch und nicht konsequent, keine Ressourcen zu sprechen und trotzdem solch Ziele zu verlangen. Das sei nicht Politik.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid fragt Astrid Furrer, ob er dies richtig verstanden habe und sie einen zusätzlichen Antrag stelle und den mittleren Bereich streichen wolle.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer bejaht dies.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid teilt nach einer kurzen Beratung mit, dass kein eigentlicher Antrag von Astrid Furrer vorliege, sondern sie finde einfach, dass man dem nicht zustimmen solle.

Adrian Stucki, GP, stellt den Antrag den mittleren Teil mit der wirtschaftlichen Betriebsführung zu streichen. Es sei die logische Konsequenz. Er wendet sich an Beat Wiederkehr, welcher vorher ins gleiche Bockshorn gesprochen habe. Man könne nicht auf der einen Seite streichen und auf der anderen Seite Pflegeziele gegensprechend anpassen. Das gehe für ihn einfach nicht auf. Man könne nicht verlangen, dass sie wirtschaftlich werden müssen,

ihnen aber die Mittel wegnehme, um wirtschaftlich agieren zu können. Daher stelle er diesen Antrag, mit dem er es beim Alten belassen wolle.

Beat Wiederkehr, CVP, bemerkt, dass das Anliegen der GRPK die Konkretisierung der Zielsetzung mit einem messbaren Indikator sei. Sie haben diese Diskussion geführt und Astrid Furrer habe anlässlich einer Kommissionssitzung deutlich und klar geäußert, dass die Zielsetzung „wirtschaftliche Betriebsführung“ so zu verstehen sei, dass bis Ende 2017 eine kostendeckende Betriebsführung erreicht werden müsse (Nettoaufwand = kalkulatorische Kosten). Wenn nun behauptet werde, dass wegen der Streichung von Investitionsausgaben für Möblierung und Gestaltung im Mehrzweckraum oder die hälftige Kürzung externer Beraterhonorare diese bis 2017 zu erreichende Messlatte plötzlich nicht mehr erreicht werden könne, sei dies schlicht nicht nachvollziehbar. Sonst müsste Astrid Furrer dieses Ziel umformulieren.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer teilt mit, dass bei der GRPK das Projekt mit Fr. 60'000.-- für die Umfunktionierung der Frohmatt nicht zur Debatte gestanden sei. Es sei klar, dass sie dieses FLAG-Ziel nur erreichen können, wenn sie diese Mittel haben. Man habe zwar damals darüber diskutiert, aber dass dies gestrichen werden könnte, sei kein grosses Thema gewesen.

Jonas Rickli, GLP, findet es doch eine Trotzreaktion von Astrid Furrer. Sie sei bei der GRPK dabei gewesen und sie haben es zusammen so ausdiskutiert, wie es jetzt da stehe. Sie haben die Worte von ihr so aufgenommen. Er sei daher ganz eindeutig dafür, dass man diesem Antrag zustimme. Und er glaube, was man vorher halt gestrichen habe, zwei ganz unabhängige Sachen seien mit relativ kleinen Beträgen.

Adrian Stucki, GP, bemerkt, dass es vorher von Astrid Furrer ganz genau ausgeführt worden sei. Sie brauche das Geld um eine wirtschaftliche Führung der Frohmatt zu gewährleisten. Jetzt werde ihr das Geld weggenommen. Demzufolge könne sie dieses Ziel auch nicht aufrechterhalten. Man könne nicht auf der einen Seite einen Indikator abmachen und ihr dann aber die Mittel wegnehmen, um diesen Indikator zu erfüllen. Darum stelle er diesen Antrag.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, müsse zur Verselbständigung der Frohmatt noch etwas sagen. Es gehe darum, diese Szenarien aufzuzeigen und habe nichts mit einer wirtschaftlichen Betriebsführung zu tun und wendet sich damit an Adrian Stucki. Dies seien zwei Paar Schuhe.

Stadträtin Soziales Astrid Furrer gibt bekannt, dass sie vorher als es um die Diskussion der Fr. 60'000.-- gegangen sei, genau erläutert habe, welche Fragen zu klären seien. Offenbar habe man ihr nicht zugehört. Wenn man jetzt finde, all diese Fragen zu klären, habe

nichts mit Betriebswirtschaft zu tun, dann tue es ihr leid und da könne sie auch nichts machen, wenn man das Verständnis für eine Betriebsführung nicht aufbringe.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid teilt mit, dass man nun über die beiden Anträge abstimmen werde. Es gehe um den Antrag der GRPK und den Antrag von Adrian Stucki. Er fragt ihn an, ob er das neue Ziel wirtschaftliche Betriebsführung bis Ende 2017 streichen wolle.

Adrian Stucki, GP, möchte Astrid Furrer die Möglichkeit geben, dass sie dies mit den neuen Grundlagen neu definieren könne, daher möchte er den mittleren Teil streichen.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid fragt Stadtschreiber Heinz Kundert, ob es richtig sei, dass man zuerst über den Änderungsantrag und dann über den Antrag der GRPK abstimmen müsse.

Stadtschreiber Heinz Kundert erklärt, dass man die beiden Anträge gegenüberstellen müsse.

Abstimmung mit Stimmenzähler über den Antrag der GRPK zu den FLAG-Zielen gegenüber dem Antrag von Adrian Stucki ohne den mittleren Teil mit der wirtschaftlichen Betriebsführung

85, Alterszentrum Frohmatt

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Wirtschaftliche Betriebsführung Die Pensions- und Pfl egetaxen sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.
neu	Wirtschaftliche Betriebsführung	Bis Ende 2017 wird eine kosten-deckende Betriebsführung erreicht (Nettoaufwand = kalkulatorische Kosten)
neu	Die Pensions- und Pfl egetaxen sind marktkonform.	Im Benchmark mit Heimen mit einem vergleichbaren Angebot.

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK mit 18:12 Stimmen zu.

Antrag E4 der einstimmigen GRPK zum FEP

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid erklärt, dass die GRPK aufgrund der sich massiv verschlechternden Finanzlage als Sofortmassnahme bis spätestens anfangs September 2015 die Präsentation des FEP 2016 – 2020 unter Berücksichtigung der Empfehlungen der

GRPK zum FEP 2014 – 2018 in der Kommission verlange. Im neuen FEP seien korrektive Massnahmen aufzuzeigen.

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass sie in der GRPK einfach genügend Zeit haben möchten, um sich mit dem FEP auseinandersetzen zu können. Sie müssen davon ausgehen, dass sich die Finanzlage massiv verschlechtern werde.

Stadtrat Finanzen Peter Schuppli bemerkt, dass er Mühe mit dem Wort massiv habe. Die Finanzlage werde sich schon verschlechtern, aber nicht massiv. Er werde versuchen den FEP mit der Finanzabteilung bis September hinzubringen. Wobei sie dann noch nicht wissen, ob sie wieder in den Ressourcenausgleich kommen, dies werde erst im Oktober bekannt. So sei es dann schwierig eine Prognose über 4 Jahre zu erstellen. Einfach dies als Einschränkung.

Stadtpräsident Philipp Kutter gibt bekannt, dass sie dies als Wunsch der GRPK entgegennehmen werden, dass der FEP im September vorliegen soll. Formell bestimme aber dies der Stadtrat. Wenn die GRPK dies anders wünsche, müsste sie eine Motion einreichen. Sie seien gewillt, wie schon von Peter Schuppli gehört, dies zu machen. Aber genau wie der Gemeinderat diesem Thema nachsetze, wollen sie dies auch: Es benötige gewisse Abklärungen und Diskussionen im Stadtrat und Vorbereitungen mit der Verwaltung. Ob sie es bis September schaffen, wissen sie heute noch nicht.

Abstimmung über den Antrag der GRPK zum FEP

Der Rat stimmt dem Antrag der GRPK, den FEP 2016 – 2020 bis spätestens anfangs September 2015 zu präsentieren, grossmehrheitlich zu.

Schlussabstimmung zum Voranschlag und Leistungsaufträgen

Der Rat stimmt mehrheitlich dem Voranschlag 2015 mit den vorhergehenden Änderungen und Leistungsaufträgen 2015 zu.

Zweitens Steuerfuss 2015

Der Stadtrat und die GRPK beantragen beide den Steuerfuss bei 84 % der einfachen Staatssteuer beizubehalten.

Simon Kägi, SP, bemerkt, dass man einen langen Abend hinter sich habe und es schlussendlich nicht um viel Geld gegangen sei. Die grossen Brocken seien auf später verschoben und es seien auch noch Weisungen verlangt worden. Heute Abend sei man jetzt durch und die Einsparungen seien wenig gewesen. Er würde fast sagen, dass dies mit einem Steuer-

prozent machbar gewesen wäre. Er frage sich, ob sich dies nachhaltig wirklich auszahle, dass man an einer Budgetsitzung einzelne Punkte so durchzähle, nur weil man nicht 1 oder 2 Steuerprozent aufgehen wolle. Oder ob dies einfach ein Exempel der bürgerlichen Fraktionen gewesen sei. Und er müsse sagen, dass dies bei ihm angekommen sei. Sie haben heute Abend diese Macht eindeutig demonstriert und haben ganz vieles verhindert und auch eingeschränkt. Das wurme ihn und er wisse, dass es nichts nütze, wenn er fordern würde, den Steuersatz zu erhöhen, weil es nicht durchkomme. Eigentlich frage er sich, ob's wert sei, an einzelnen Punkten zu sparen und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadt für ihre Arbeit ans Bein zu treten. Ob das wirklich sinnvoll sei und es die Gemeinde jetzt attraktiver mache, weil man den gleichen Steuerfuss habe wie letztes Jahr. Wenn es ohne das Wert sei, das Kämpfen um die wenigen Sachen, die heute Abend gestrichen worden seien, mit ihrer Hilfe, dann soll man doch in die Gemeinden des Kantons Schwyz ziehen. Dort lohne es sich für die bürgerlichen Fraktionen, weil sie weniger Steuern bezahlen müssen als da in Wädenswil.

Marc Lütolf, CVP, bemerkt, dass wenn die heutige Budget-Diskussion etwas gezeigt habe, dann dass die Art und Weise der Budgetierung nicht die gewünschten Resultate hervorbringe. Er habe heute viel gelernt: Dass die Familie Rappazzo Hühner habe, habe von Stuhlschiebereien in der Frohmatt erfahren, die Diskussion sei um Musterzimmer gegangen, die gar keine seien und er wisse jetzt, dass der Kanton Schwyz steuergünstiger sei.

Das Resultat der Sitzung sei für ihn eher zwiespältig. Nach mehr als 4 Stunden Sitzung, etlichen Anträge und Voten später, sei das Defizit immer noch über 5 Millionen.

Er möchte den zuständigen Stadtrat und die GRPK bitten, nach Wegen zu suchen, wie die Budgetierung für 2016 zielführender gestaltet werden könne. Und zielführender wäre aus seiner Sicht zum Beispiel, nicht mit einem Defizit von Fr. 7 Mio. und auch nicht mit Fr. 10 Mio. ins Rennen zu gehen. Helfen würde sicher auch, wenn die Budgetpositionen korrekt bezeichnet werden würden. Dann müsse nicht diskutiert werden, um was man eigentlich abstimme.

Adrian Stucki, GP, gibt bekannt, dass sie den Steuerfuss selbstverständlich auch in ihrer Fraktion diskutiert haben und sie hinter ihrem GRPK Mitglied, Rita Hug, gestanden seien. Heute Abend hätte er auch für die Null Steuererhöhung gestimmt, aber nach den ganzen Zerpflückungen dieses Budgets gebe es ihm ein ruhiges Gewissen, wenn er jetzt dagegen sei.

Adrian Stocker, SVP, führt aus, dass es jetzt halt so sei und man doch bei ein paar Sachen habe sparen können. Obwohl es sehr hart gewesen sei. Aber er glaube, dass die Sachen, die man habe einsparen können, begrenzt wehtun sollten. Man habe gehört, dass man immer noch ein Defizit von Fr. 10 Millionen habe. Seiner Sicht nach, müsse das Geld zuerst da sein, bevor es ausgegeben werden könne. Und nicht zuerst ausgegeben werden und nachher werde geschaut, woher man es beschaffen könne. Und das sei auch ein Problem unserer Gesellschaft, nicht umsonst haben immer mehr Leute Schulden. Weil sie das Gefühl

haben, sie können Geld ausgeben, bevor sie's haben. Wenn er die Linken und die Grünen sehe, welche die Fr. 10 Mio. mit Steuererhöhungen einholen wollen, das heisse ca. 20 % die Steuern erhöhen. Dies sei eingangs erwähnt worden und behauptet, dass es niemand im Portemonnaie merke. So dumm seien die Wädenswiler auch nicht, dass sie nicht merken, wenn die Steuern um 20 % erhöht werden.

Abstimmung über den Steuerfuss 2015

Der Rat stimmt dem Antrag, den Steuerfuss bei 84 % der einfachen Staatssteuer beizubehalten, grossmehrheitlich zu.

Drittens Gesamtpaket

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid** liegen keine weiteren Anträge vor.

Abstimmung über das Gesamtpaket

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2015 mit den vorhergehenden Änderungen und Leistungsaufträgen und der Beibehaltung des Steuerfusses von 84 % grossmehrheitlich zu.

*** Die anderen Traktanden werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine nächste Sitzung verschoben. ***

Stadtpräsident Philipp Kutter bedankt sich für die heutige Debatte. Es gehe schlussendlich allen um die Zukunft von Wädenswil. Bei allen Differenzen, welche es Links und Rechts oder auch zwischen dem Stadtrat und dem Parlament gebe, müssen alle gegenseitig anerkannt werden. Er könne versichern, dass dies der Stadtrat auch tue. Er bedanke sich für die intensive Auseinandersetzung mit dem Budget. Ein herzlicher Dank gelte auch den Gästen, viele davon seien Mitarbeiter der Verwaltung, für das Zuhören und das Ausharren über all diese Stunden.

Der Rat habe ihnen ein paar Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben und er könne versichern, dass sie diese ernsthaft angehen. Es sei auch ihnen wichtig, wie einer satten Mehrheit des Parlaments, dass die Finanzen der Stadt Wädenswil weiterhin im Lot seien. Der Gemeinderat selber könne vielleicht dazu auch einen Beitrag leisten. Wenn er da auf die Vorstösse blicke, die heute Abend nicht haben behandelt werden können, dann sehe er da auch einige Sachen, welche im Blick auf die heutige Debatte, etwas quer in der Landschaft stehen.

An dieser Stelle bedanke er sich im Namen des Stadtrats ganz herzlich für den Einsatz für Wädenswil und unsere Bevölkerung. Es sei wichtig, dass man sich damit auseinandersetze für was Geld eingesetzt werde und wie es mit unserer Stadt weitergehen soll. Er möge allen

aber jetzt auch eine politische Pause gönnen. Er wünsche frohe Festtage mit vielleicht noch Schnee und er freue sich, wenn er alle frisch erholt im neuen Jahr begrüßen dürfe.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid hat noch eine kurze Mitteilung der SP: Es rocke nicht nur immer da im Gemeinderatssaal wie man heute Abend gesehen habe. Sie werden am 16. Januar 2015 auch rocken, nämlich mit einer Disco, welche im Raumprojekt Villa stattfinden werde. Alle seien herzlich eingeladen zu kommen und mitzutanzten.

Auf Anfrage von Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid, ob Einwände gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte bestehen, meldet sich Simon Kägi.

Simon Kägi, GP, greift den Punkt über die Abstimmung beim Konto 710 der Freizeitanlage auf. Und zwar das, was Beat Wiederkehr gesagt habe, ob dies überhaupt machbar sei oder nicht. Er wolle da den Vorbehalt machen, falls weitere Abklärungen ergeben, dass dies so nicht möglich sei, ihm da die Türen offen bleiben.

Gemeinderatspräsident Hansjörg Schmid nimmt dies zu Handen des Protokolls zur Kenntnis. Dann wünscht er allen frohe und erholsame Festtage.

Andrea Eberhöfer, Ratssekretärin-Stv. a.i.